

LANDTAG INTERN

Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen · Ausgabe 2 · 41. Jahrgang · 14. Wahlperiode · 3.2.2010

Kommission

S. 3

Wie NRW 2025 aussehen soll, skizzierte der Ministerpräsident in einer Regierungserklärung mit Bezug auf die Zukunftskommission. Lob gab es von CDU und FDP, Kritik von SPD und Grünen.

Kontrolle

S. 6

Das Parlament müsse die WestLB stärker kontrollieren, forderten SPD und Grüne. CDU und FDP hielten dagegen: Inhaltliche Einflussnahme auf Bankgeschäfte sei nicht Aufgabe des Landtags.

Kooperation

S. 9-11

Mit Akteuren in Europa und der Welt ist der Landtag NRW vernetzt. Welche Aufgaben die sechs Parlamentariergruppen erfüllen, erklären deren Vorsitzenden im Schwerpunkt dieser Ausgabe.

Konzepte

S. 13

Die Landesregierung müsse die Weichen für die Entwicklung und Produktion von Elektroautos stellen, meinen die Grünen. Der Wirtschaftsausschuss befragte Sachverständige zu Konzepten.

Internationale Begegnungen: Über Grenzen hinweg



Offen für Freunde

Der Rhein – seit jeher „Völkermühle und Kelter Europas“, wie der Dichter Carl Zuckmayer schrieb. Das Internationale, Grenzüberschreitende ist Teil der Kultur und Lebensart dieses Landstrichs. Ein Erbe, dem sich auch das 1946 gegründete Land Nordrhein-Westfalen verpflichtet fühlt. Kontakte, Gesprächspartner, Freunde im Ausland sind zudem gerade in Zeiten der Globalisierung unerlässlich. Sie nützen in wirtschaftlicher Hinsicht, bieten aber auch die Möglichkeit, eigene Probleme einmal aus einem anderen Blickwinkel zu sehen.

Daher stellt sich auch der Landtag der Herausforderung, über die Grenzen hinweg zu schauen. Regelmäßig hat er ausländische Besucherinnen und Besucher zu Gast, darunter auch Staatsoberhäupter aus Großbritannien (Queen Elisabeth II.), Bulgarien und Kroatien. Er verfolgt die Beschlussfassungen auf europäischer Ebene, deren Umsetzung oft genug auch über Landesgesetze geschieht. Zu sechs Ländern und Regionen hat der Landtag besondere, institutionalisierte Beziehungen aufgebaut. Die Parlamentariergruppen und ihre Arbeit in dieser Legislaturperiode werden in dieser Ausgabe besonders beleuchtet. Da ist zum Beispiel Polen, östliches Nachbarland Deutschlands und mehr als einmal in der wechselvollen Geschichte Opfer von Aggression und Krieg. Hier sind Freundschaften zu pflegen, bei denen das Erinnern und Verzeihen einen besonderen Stellenwert erhalten. Gleiches gilt umso mehr – angesichts der historischen Verflechtung mit der jüdischen Bevölkerung und den Verbrechen von Nazi-Deutschland – für

die Beziehungen zu Israel. „Gegen das Vergessen“ schreibt deshalb der Vorsitzende dieser Parlamentariergruppe in seinem Bericht.

TRADITION UND NOTWENDIGKEIT

Demokratie und „Wirtschaftswunder“ nach dem zweiten Weltkrieg verdankt Deutschland nicht zuletzt den Beziehungen zu den USA. Die Verankerung im westlichen, transatlantischen Bündnis hält bis heute an. Daher die besondere Bedeutung dieser internationalen Kontakte auch für das Land Nordrhein-Westfalen. Dies mindert keineswegs die Bedeutung der Beziehungen zu China, einer der alten und wieder neuen wirtschaftlichen Großmächte auf unserem Globus. Die Türkei ist ebenfalls ein wichtiger Faktor in der europäischen Geschichte wie auch in der heutigen Lage rund ums Mittelmeer – und hierzulande. Die institutionalisierten Beziehungen zu ihr sind auch als Anerkennung der Integrationsleistung der türkischen Bevölkerungsgruppen in unserem Land gedacht. Mit dem Baltikum schließlich verbindet NRW schon seit Hansetagen wirtschaftliche wie auch kulturelle Beziehungen, die dann nach Fall des Eisernen Vorhangs neu belebt wurden.

Man sieht, im Landtag sind ausländische Telefonnummern stets griffbereit: sowohl aus politischer Vernunft, aus wirtschaftlicher Notwendigkeit wie auch aus einem langen Erbe heraus. Gut so. CW



Schwerpunkt: Internationale Beziehungen

Freundschaften in alle Welt	9
Verständigung fördern	10-11
„Europa mit neuem Ehrgeiz erfüllen“	18

Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die VVA Kommunikation GmbH · Abo- und Leserservice · Postfach 105153 · 40042 Düsseldorf · Sabrina Gebhard · Telefon: (0211) 7357-155 · Fax: (0211) 7357-891 · E-Mail: leserservice@vva.de

Vielen Dank! Ihre Landtag Intern-Redaktion

Inhalt

Aus dem Plenum:

Regierungserklärung: Zoff um die Zukunft	3
Frühe Bildung: Kein Englisch für Einjährige	4
Schule: „Trickserei“ oder „gewissenhafte Prüfung“?	5
Banken: Zwischen Transparenz und Vertrauensschutz	6
Tierschutz: Der Landtag und das liebe Vieh	7
USA: Transatlantische Partner	8
Sicherheit: Maßnahmen gegen die Mafia	8

Aus den Ausschüssen:

Atomenergie: Ein Behälter, viele Fragen	13
Meldungen	14
Innovation: Umwelt- und Wirtschaftsfaktor Elektromobilität	15

Gesetzgebung	12
---------------------------	-----------

Aus den Fraktionen	16-17
---------------------------------	--------------

Portrait: Dietmar Brookes (FDP)	19
--	-----------

Impressum	19
------------------------	-----------

Termine	20
----------------------	-----------

Ministerpräsident
Jürgen Rüttgers bei der
Regierungserklärung



Hannelore Kraft (SPD)

Helmut Stahl (CDU)

Dr. Gerhard Papke (FDP)

Sylvia Löhrmann (Grüne)

Fotos: Schälte

Zoff um die Zukunft

Fraktionen streiten anlässlich einer Regierungserklärung um Konzepte und Perspektiven für das Land

21. Januar 2010 – Unter dem Titel „Die Einheit der Gesellschaft bewahren – Konzept Nordrhein-Westfalen 2025“ skizzierte Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) in seiner Regierungserklärung mit Bezug auf die Ergebnisse der Zukunftskommission seine landespolitischen Ziele. Während die geschilderten Strategien auf Unterstützung bei den Regierungsfractionen von CDU und FDP stießen, hatten SPD und Grüne andere Vorstellungen von der Zukunft. Das Konzept der Landesregierung gehe an der Wirklichkeit im Land vorbei, so die Kritik.

Innovation und Solidarität miteinander zu verbinden, beschrieb Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) als „Markenzeichen“ Nordrhein-Westfalens. Unter anderem forderte er einen „neuen, umfassenden Begriff von Bildung“ und die Entwicklung hin zu einer „ökologischen Industrieregion“. Ebenso hielt er es für erforderlich, Flexibilität und Sicherheit auf den Arbeitsmärkten in Einklang zu bringen, und hob eine „neue Solidarität“ zwischen den Generationen hervor. Rüttgers kündigte zudem weitere Investitionen für Hochschulen und Förderprogramme insbesondere für die mittelständische Wirtschaft an. „Wir wollen ein Land, das niemanden zurücklässt, in dem Leistung sich lohnt, in dem Wohlstand für alle möglich ist, in dem sich jeder auf die Solidarität der Gemeinschaft verlassen kann, wenn er sie braucht.“

Als „Bilanz eines Buchhalters“ bezeichnete die SPD-Fraktionsvorsitzende Hannelore Kraft die Rede des Ministerpräsidenten und erhob die zentrale Forderung, Strukturen zu verändern. So fehle

den meisten Kommunen die Luft zum Atmen. Freiwillige Leistungen wie Schwimmbäder oder Jugendheime seien aber ebenso wichtig wie eine frühe Unterstützung von Eltern, um kein Kind zu „verlieren“. Ansonsten könnten Folgekosten entstehen, etwa für die Unterbringung von Kindern außerhalb der Familie oder den Jugendstrafvollzug. An diesem Beispiel erklärte Kraft, dass Strukturveränderungen aus sozialer wie aus wirtschaftlicher Perspektive erforderlich seien. Das gelte ebenso für Bildung und Arbeit. Sie plädierte dafür, auf Innovation zu setzen, das Wir-Gefühl zu stärken und „NRW vom den Menschen her“ zu denken.

Als „angemessen der Schwere der Zeit“ lobte Helmut Stahl (CDU) die Regierungserklärung von Ministerpräsident Jürgen Rüttgers. Dieser habe die vielen Facetten des Regierungshandelns zu einem Gesamtbild zusammengefügt, das auf einem handlungsleitenden Wertegerüst beruhe. Der CDU-Fraktionsvorsitzende betonte, die „Hefe kluger, unabhängiger Geister“ könne

wichtige Anregungen geben. Genau deshalb habe die jetzige Landesregierung die Zukunftskommission unter Leitung von Professor Lord Dahrendorf eingerichtet. Als wichtig stellte der CDU-Sprecher auch den Bericht des Zukunftsrats aus dem Jahr 2004 heraus, dessen Anregungen die rot-grüne Vorgängerregierung jedoch nicht genutzt habe. Eine neue Zukunftskommission

sion könne sich mit der Frage beschäftigen, wie sich Lernen vollziehe, regte Stahl an.

Die Zukunftskommission habe „wichtige Impulse“ gegeben und „große Sachlichkeit im Umgang mit den großen Fragen der Zeit“ bewiesen, meinte Dr. Gerhard Papke (FDP). Letztere lasse die Opposition vermissen. Krafts Kritik stehe im Widerspruch zur politischen Realität. So habe die SPD in den vergangenen fünf Jahren keinerlei Modernisierungsvorschläge gemacht. Als Aufgaben für die Zukunft nannte Papke unter anderem die Sicherung des Industrielands NRW durch eine sichere und umweltschonende Energieversorgung, den Ausbau der Autonomie im Schulsystem, die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Forschung und Innovation sowie den Umbau der Sozialsysteme: „Wir wollen Leistungsgerechtigkeit nicht nur für die, die Hartz IV beziehen, sondern endlich auch für die, die Hartz IV bezahlen“, betonte Papke.

Die Reden der Regierungspolitiker hielt Sylvia Löhrmann (Grüne) nicht für Zukunftsentwürfe, sondern für eine „Täuschung der Öffentlichkeit“. Sie vermisste Antworten zur Klimakrise, sozialen Spaltung, wachsenden Armut, Situation der Städte und Gemeinden und zur Weiterentwicklung des Bildungssystems. Das nach Begabung „selektierende“ Schulsystem müsse überwunden, das Angebot an Gesamtschulen mit Ganztagsausgebaut werden, fügte sie hinzu. Löhrmann warnte, der geplante „Steuersenkungswahn“ führe „systematisch in den Staatsbankrott“. Sie pochte auf die versprochene Regulierung der Finanzmärkte und forderte einen Rettungsschirm für die Kommunen, was auch die Demokratie stärke. Der „Green New Deal“ ermögliche 200.000 zukunftsfähige Arbeitsplätze, empfahl Löhrmann den Zukunftsplan der Grünen.

SW, CW, SOW

Kein Englisch für Einjährige

Trotzdem Streit über Verzahnung von Kindergarten und Grundschule

20. Januar 2010 – Die ersten Lebensjahre eines Kindes: eine wichtige Phase für die spätere Entwicklung. Eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Elementar- und Primarbereich forderten jetzt die Regierungsfractionen von CDU und FDP (Drs. 14/10516). Ziel sei ein „fließender Übergang vom Kindergarten in die Grundschule“. Es gebe einen Unterschied zwischen „nonformalem“ Kindergartenlernen und „formalisiertem“ Schullernen, hielten die Grünen dagegen. Und die SPD sah die Rahmenbedingungen für die Umsetzung als nicht gegeben.

Die Anforderungen an die frühkindliche Bildung seien in den letzten Jahren erheblich gestiegen. Deshalb, so **Marc Ratajczak** (CDU), sei es wichtig, ein gemeinsames Bildungsverständnis für Kinder von null bis zehn Jahren zu entwickeln, wozu ein sanfter Übergang vom Kindergarten in die Grundschule gehöre. „Niemand muss aber die Sorge haben, dass wir dabei an Englischunterricht für Einjährige denken oder jetzt sogar in Kindergärten Hausaufgaben einführen wollen“, erklärte er. Die Bildungsempfehlung, an der die Träger der Tageseinrichtungen und der Schulen sowie Vertreter der Wissenschaft umfassend beteiligt gewesen seien, solle bei der besseren Verknüpfung von Elementar- und Primarbereich helfen und allen Beteiligten eine echte Hilfestellung an die Hand geben.

„Mit fast 30 Millionen Euro stellen wir viermal so viele Ressourcen für frühkindliche Sprachförderung bereit wie Rot-Grün im Jahr 2005“, verglich **Ralf Witzel** (FDP). Gerade die ersten zehn Lebensjahre bildeten den Ausgangspunkt eines lebenslangen Prozesses des Lernens und der Entwicklung. Hinsichtlich der Übergangsphase in die Schule betonte Witzel eine verbindlicher strukturierte Zusammenarbeit zwischen Kin-

dertagesstätten und Grundschulen: „Erzieher, Lehrer und Eltern sollen verstärkt gemeinsam daran arbeiten, den Übertritt in den neuen Lebensabschnitt so behutsam, transparent, motivierend und interessant wie möglich zu gestalten.“ Die Bildungsempfehlungen sollen bisherige pädagogische Konzeptionen nicht ersetzen, sondern ergänzen, betonte der FDP-Sprecher.

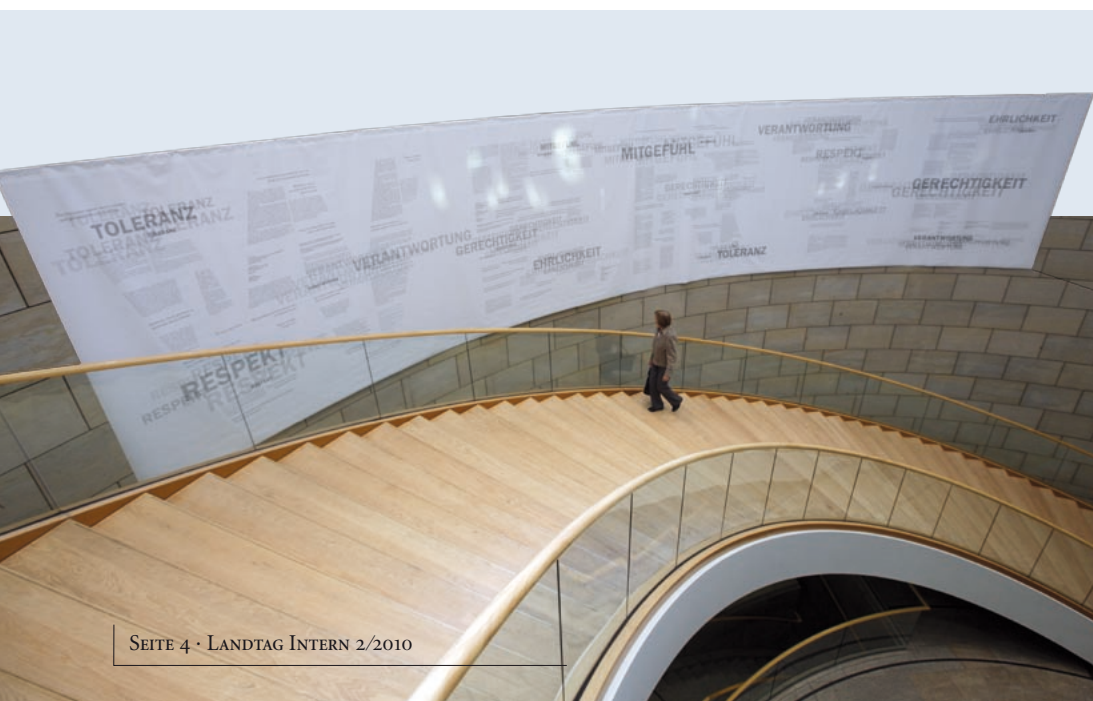
Der Antrag hinke dem inzwischen erworbenen Erkenntnisstand hinterher, warf **Ingrid Hack** (SPD) den Regierungsfractionen vor. Zum Beispiel würden die Ergebnisse der Enquete-Kommission „Chancen für Kinder“ im Antrag nicht berücksichtigt. Des Weiteren bemängelte die SPD-Sprecherin, ein breiter Dialog zum Bildungsplan und die Berücksichtigung von „Best-Practice-Modellen“ seien eigentlich selbstverständlich. Auch fehlten konkrete Inhalte, Empfehlungen und Bildungsziele, die die Enquetekommission bereits erarbeitet hätte, kritisierte Hack. Ihr Fazit: Es gelte, „dass mit dem KiBiz und anderen Elementen der Regierungspolitik derzeit die Umsetzungsmöglichkeiten und die Rahmenbedingungen in vielerlei Hinsicht nicht gegeben sind. Wir werden Ihrem Antrag nicht zustimmen.“

Andrea Asch (Grüne) bezeichnete den Antrag der Regierungsfractionen als „fachlich insuffizient“. Die Regierungsfractionen hätten die Rahmenbedingungen in den Kindertagesstätten verschlechtert. Die Kinder bekämen dadurch weniger Zeit und Zuwendung, die das Fundament für Bildungsprozesse seien. Als „kryptisch“ bewertete Asch den Antragswortlaut, der die Schnittstelle zwischen Kindertagesstätte und Schule thematisiere. „Ihnen ist das Spannungsverhältnis zwischen Lernprozessen, die im Elementarbereich stattfinden und die vor allem Selbstbildungsprozesse und nonformales Lernen sind, und dem eher formalisierten Wissenserwerb in der Schule offenbar nicht klar.“ Abschließend kritisierte die Grüne die bislang fehlende Einbeziehung der Erzieherinnen und Erzieher.

Generationenminister **Armin Laschet** (CDU) hingegen will den Dialog zwischen Lehrkräften, Erzieherinnen und Erziehern durch den Antrag fördern. Es sei wichtig, sich mit der Frage zu beschäftigen: „Wie schaffen wir den Übergang von der Kindertagesstätte in die Schule?“ In diesem Zusammenhang hob Laschet die Anregung hervor, dass Schule und Kindertagesstätte zusammenarbeiten und sich auf gemeinsame Bildungsinhalte verständigen sollen. Kindertagesstätten seien in freier Trägerschaft und könnten deshalb nicht per Erlass gesteuert werden. Für 2011 sei die Evaluierung des KiBiz geplant. Das Ziel all dieser Maßnahmen sei, Kindern über individuelle Förderung eine echte Chance für Bildung, für eine persönliche Entwicklung und für den sozialen Aufstieg zu geben.

Christiane Husmann

Der Antrag (Drs. 14/10516) wurde mit den Stimmen der Regierungsfractionen gegen die Stimmen der Opposition angenommen.



Werte ...

... sowie ihre Vermittlung und ihre Bedeutung für das gelingende Miteinander in der Gesellschaft: ein Thema, das Bildung und Erziehung seit jeher beschäftigt. Zwei Jahre lang haben die Einrichtungen der katholischen Erwachsenen- und Familienbildung in NRW in Koordination durch das Katholisch-Soziale Institut Bad Honnef an dieser Frage gearbeitet. Das Ergebnis ist eine Ausstellung, die dem Leitsatz folgt: Werte sollen sich nicht verstecken, sondern wollen entdeckt werden. Die Ausstellung war vom 20. Januar bis zum 1. Februar 2010 im Landtag zu sehen. Foto: Schälte

„Trickserei“ oder „gewissenhafte Prüfung“?

Einzelfall führt zu Grundsatzdebatte über Gesamtschulen

20. Januar 2010 – Rechtliche Auseinandersetzungen hinsichtlich der Genehmigung einer Gesamtschule in der Gemeinde Morsbach im Oberbergischen Kreis führten zu einer Grundsatzdebatte im Landtag. SPD und Grüne hatten eine Aktuelle Stunde beantragt, in der sie der Landesregierung vorwarfen, mit „Willkür“ und „Schikane“ die Einrichtung von Gesamtschulen zu behindern. Die Regierungsfraktionen konterten mit dem Hinweis, ein qualitatives Schulangebot setze nun einmal eine Mindestanzahl von Schülerinnen und Schülern voraus; dies bedinge – angesichts von 12.000 Menschen in Morsbach – eben die Prüfung der regionalen Schulentwicklung.



Schulministerin
Barbara Sommer (CDU)

Fotos: Schälte

Renate Hendricks (SPD)

Sigrid Beer (Grüne)

Bodo Löttgen (CDU)

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP)

„Verhinderungspolitik“ und „Schikanepolitik“: So der Vorwurf von **Renate Hendricks** (SPD) hinsichtlich des Genehmigungsverfahrens einer Gesamtschule in Morsbach. Dieser Einzelfall sei exemplarisch dafür, dass die schwarz-gelbe Landesregierung einseitig auf den Bestand von Haupt- und Realschulen setze und – unter „Missachtung“ des Elternwillens wie auch der kommunalen Selbstverwaltung – die Gründung von Gesamtschulen verhindere. Dieses „Tricksen, Vertagen, Aufschieben und Verschleppen“ sei eine Politik an den Bürgerinnen und Bürgern vorbei. Jene wünschten eine Schulform, die bis zum Ende alle Optionen offenhalte. Mit ihrer Politik verschlefe die Landesregierung die Entwicklungen in den anderen Bundesländern und verhindere eine verantwortungsvolle Schulpolitik seitens der Kommunen.

„Das Schulministerium kann die kommunalen Initiativen zur Gründung von Gesamtschulen im Land nicht ausbremsen“, sagte **Sigrid Beer** (Grüne) voraus. Die Hauptschule werde von

den Eltern nicht mehr gewählt. Da Schulen aber ein „knallharter Standortfaktor“ seien, wollten Bürgermeister ein Angebot aller Abschlüsse vor Ort. Die schwarz-gelbe Landesregierung versuche jedoch, mit „Fantasie und Flexibilität“ Gesamtschulen zu verhindern; zum Beispiel durch die Ablehnung von Ganztagsanträgen. Im Vergleich zu Gymnasien, Realschulen und vor allem („Kleinst-“)Hauptschulen werde hier mit zweierlei Maß gemessen. Die derzeitige Schulpolitik berücksichtige nicht die Bedürfnisse nach längerem gemeinsamem Lernen sowie nach einem Offenhalten der Schullaufbahnen und gehöre daher „ins Museum“.

Bodo Löttgen (CDU) wies als Landtagsabgeordneter der betroffenen Region den Vorwurf der „Willkür“ entschieden zurück. In einem demokratischen Rechtsstaat müsse es möglich sein, Rechtsstreitigkeiten auszutragen. Derzeit nutzen beide Seiten die ihnen zur Verfügung stehenden legitimen Mittel. Man dürfe nicht – wie die Opposition – zwischen „guten Rechtsmitteln“,

die der eigenen Sache dienen, und „schlechten“, die die andere Seite nutze, unterscheiden. Es sei allerdings zu hinterfragen, dass im vorliegenden Antrag der Landtag, also der Gesetzgeber, der Bezirksregierung, also der Exekutive, einen Befehl ohne rechtliche Grundlagen erteilen solle. Mit Blick auf die Schulform wandte sich Löttgen gegen „ideologische Betonformeln“, es sei wichtiger, was und wie unterrichtet werde.

Die Landesregierung „prüft gewissenhaft und fair“, urteilte **Ingrid Pieper-von Heiden** (FDP). Allerdings handle man – anders als Rot-Grün – nicht aus einem „selektiven Gerechtigkeitsverständnis“ und habe daher die Bevorzugung der Gesamtschulen beendet. Deren Ganztagsversorgungsquote liege hier immerhin bei 95 Prozent, daher sei es notwendig, auch für die Kinder in anderen Schulformen „Gerechtigkeit und Chancen“ zu schaffen. Im konkreten Fall habe die Bezirksregierung verdeutlicht, dass aus ihrer Sicht keine ausreichende Schülerzahl für die längerfristige Sicherung einer Gesamtschule mit Oberstufe bestehe. Und genau dann „macht

es doch mehr Sinn, Schulverbände der Sekundarstufe I zu gründen“. Daher gebe es das jetzige Berufungsverfahren zu Fragen der Schulentwicklungsplanung der Region.

„Gesamtschulen sind ein wichtiger Bestandteil unseres Schulsystems“, betonte **Schulministerin Barbara Sommer** (CDU). Allerdings müsse bei der Gründung oder Umwandlung einer Schule immer hinterfragt werden, ob dauerhaft eine Mindestanzahl von Schülerinnen und Schülern gewährleistet werden könne. Im vorliegenden Fall sei Morsbach aber auf Kinder aus benachbarten Gemeinden angewiesen. Insofern sei es zwar berechtigt, dass der Rat der Gemeinde Morsbach die lokalen Interessen an einem breiten Schulangebot vertrete. Man müsse aber die Befürchtungen anderer Gemeinden hinsichtlich einer möglichen Abwerbung ernst nehmen. Daraus ergebe sich die Verpflichtung zu einer gemeinsamen Schulentwicklungsplanung. Genau darauf ziele das jetzt noch laufende Rechtsverfahren, das man erst einmal abwarten solle. *cw*

Zwischen Transparenz und Vertrauensschutz

Debatte über parlamentarische Kontrollmöglichkeiten bei der WestLB

20. Januar 2010 – Das Kontrollrecht des Parlaments – alle Fraktion betonten es in der Auseinandersetzung um die Interventionen des Landes zugunsten der WestLB. Wie weit es gehen darf, darüber schieden sich die Geister. SPD und Grüne warnten, Geschäftsgeheimnisse dürfe es gegenüber den Eigentümern – also auch dem Land – nicht geben. Sie forderten Transparenz (Grüne, Drs. 14/10534) sowie eine parlamentarische „Begleitung“ der Bank durch eine entsprechende Kommission (SPD, Drs. 14/10520). CDU und FDP hielten dagegen, in Ausschuss- und Plenarsitzungen werde rechtzeitig und umfassend informiert; weitergehende Einsicht sei nur unter Wahrung der Regelungen zur Vertraulichkeit möglich.

Ihre Fraktion wolle, bayerischem Vorbild folgend, eine Kommission einrichten, die sich um die Zukunft der WestLB „eng und vertrauensvoll kümmert“, erklärte **Gisela Walsken** (SPD). Das Parlament müsse die Banken stärker kontrollieren und für mehr Transparenz sorgen. Die Verantwortung für die „schlimmste Entwicklung“ in der Unternehmensgeschichte der WestLB trage die schwarz-gelbe Landesregierung. In 2008 habe diese nicht mehr handelbare Papiere im Wert von 23 Milliarden Euro auslagern müssen, in 2009 Papiere im Wert von 85 Milliarden Euro. Die WestLB habe somit etwa ein Drittel ihres Bilanzvolumens verloren; ein neues Geschäftsmodell sei nicht erkennbar. Aufgrund der übernommenen Garantien könne das Land in einer Größenordnung von über 8 Milliarden Euro in Haftung genommen werden.

Die inhaltliche Einflussnahme auf die operative Tätigkeit eines Kreditinstituts gehöre nicht zu den Aufgaben des Landtags, lehnte **Christian Weisbrich** (CDU) die Vorschläge seiner Vorrednerin ab. Das Land als Eigentümer werde gegenüber der Bank nun einmal durch die Landesregierung vertreten. Überdies würde die Erfüllung der SPD-Forderung der Bank „schweren Schaden“ zufügen; eine „gläserne WestLB“ wäre am Markt praktisch nichts mehr wert. Des Weiteren könnten landesrechtliche Re-

gelungen den Vorstand der WestLB nicht verpflichten, da die Bank eine Aktiengesellschaft sei, die dem Bundesrecht unterliege. Weisbrich wandte sich auch gegen den Antrag der Grünen, da der Finanzminister über die Entwicklung bei der WestLB stets so zeitnah und umfassend wie möglich informiert habe.

Als „eher heiße Luft“ bewertete auch **Angela Freimuth** (FDP) die Anträge von SPD und den Grünen. Auch die FDP habe ein großes Interesse daran, dass das Landesparlament seine Kontrollaufgaben wahrnehmen könne. Aber dazu gehöre nicht „die unmittelbare Mitwirkung am operativen Geschäft einer Landesregierung“ – „insbesondere nicht am operativen Geschäft einer Landesbeteiligung“. Außerdem habe sie den Eindruck, dass der Finanzminister stets die Informationen gebe, die er im Rahmen geltender Gesetze und gemäß den Regelungen zur Vertraulichkeit geben dürfe, wies die FDP-Sprecherin den Vorwurf mangelnder Transparenz zurück. Die ausgelagerten Papiere schließlich gingen auf die neu gegründete Abwicklungsanstalt über und seien damit nicht mehr Bestandteil der WestLB-Bilanz.

Ewald Groth (Grüne) unterstützte dagegen den SPD-Antrag nach Einsetzung einer Begleitkommission. Heute seien nämlich Transparenz und parlamentarische Kontrollmöglichkeit nicht gegeben. „Sie kommen Ihren Aufgaben nicht nach“, kritisierte der Grünen-Sprecher die Landesre-

gierung. Transparenz bedeute, dass die Abgeordneten mehr erfahren müssten als das, was in der Zeitung stehe. Sie müssten die Verträge, die Risiko- bzw. Garantieerklärungen des Landes vollständig einsehen können. „Wir wollen sie beurteilen, dann werden wir verantwortungsvoll darüber diskutieren und abstimmen können“, so Groth. Eine Einsicht unter Aufsicht, ohne die Möglichkeit zu Notizen und Rückfragen, ermögliche keine angemessene Behandlung eines Sachverhalts, bei dem es um Milliardenrisiken gehe.

Den Haushalts- und Finanzausschuss habe er in den letzten zwei Jahren 24 Mal, die entsprechenden Obleute 18 Mal und das Plenum 15 Mal informiert, wies **Finanzminister Dr. Helmut Linssen** (CDU) die Forderung nach mehr Transparenz und einem zusätzlichen parlamentarischen Kontrollinstrument zurück: Sie gehe weit über die Aufgaben eines Parlaments hinaus und missachte die verfassungsrechtlichen Kompetenzgrenzen. Hinsichtlich der auszulagernden Papiere in Höhe von 85 Milliarden Euro erläuterte Linssen, diese seien erstens sehr wohl generell handelbar, zweitens aber „nichtstrategisch“. Also müsse die WestLB sie auf Dauer eben nicht mehr handeln. Und schließlich habe die EU der Kernbank ein „funktionierendes Geschäftsmodell“ attestiert.

CW

Der Antrag der SPD (Drs. 14/10520) wurde an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen, der Antrag der Grünen (Drs. 14/10147) abgelehnt.

Foto: Schälte

Der Landtag und das liebe Vieh

Der Tierschutz steht in der Verfassung. Aber soll er auch einklagbar sein?

21. Januar 2010 – Ein Ungleichgewicht der Kräfte zwischen Tieren und Tiernutzern beklagt die Fraktion der Grünen. Während die eine Seite gerichtlich gegen ein „Zuviel an Tierschutz“ vorgehen könne, bleibe es der anderen Seite verwehrt, gegen ein „Zuwenig an Tierschutz“ zu klagen. Die Fraktion möchte dies per Gesetz ändern und anerkannten Tierschutzvereinen ein Klagerecht einräumen (Drs. 14/9760). CDU und FDP lehnen dies wegen fehlender Landeszuständigkeit und mit dem Hinweis auf hohe Tierschutzstandards in Deutschland ab. Die SPD-Fraktion unterstützt das Anliegen der Grünen.

Für ein nordrhein-westfälisches Klagerecht für Tierschutzverbände fehlten die rechtlichen Voraussetzungen, erklärte **Clemens Pick** (CDU). Er machte aber deutlich, dass „Tierschutz für uns alle eine außerordentlich hohe Bedeutung hat, weil er gesellschaftliche Verpflichtung ist“, und plädierte dafür, Tierversuche auf das Allernö-

Gefahren für die Menschen ließ **Wiegand** nicht gelten: Vorgesehen seien hohe Hürden, bevor Tierschutzvereine überhaupt klagen könnten. Sie wandte sich zudem gegen ein „unbegründetes Misstrauen“, das den Haupt- und Ehrenamtlichen im Tierschutz einen verantwortungsvollen Umgang mit Rechtsmitteln abspreche.

auf einem heruntergekommenen Hof in Westfalen“ und auf „die himmelschreiende Quälerei der Massentierhaltung“. Das Staatsziel Tierschutz in der Verfassung allein sei „zahn- und wirkungslos“, wenn es nicht mit Leben, also mit Verpflichtungen erfüllt werde. Die heutige Regelung, dass nur für Naturschutzverbände ein Verbandsklagerecht bestehe, führe zu einem „schizophrenen Widerspruch“: Tiere in Freiheit könnten vertreten werden und Tiere, die genutzt und benutzt würden, nicht. Eine Prozessflut habe es auch durch dieses Verbandsklagerecht nicht gegeben, versuchte der Grüne, die Regierungsfractionen zu überzeugen.



tigste zu beschränken. Tierschutzvereine hätten erhebliche Einflussmöglichkeiten, erklärte der CDU-Sprecher. Sie könnten bei Anhörungsverfahren im Bundesministerium ihre Position deutlich machen und säßen zudem in Kommissionen, die Genehmigungen für Tierversuche in absolut notwendigen Fällen erteile. Er erkenne aber auch nirgends ein Ungleichgewicht zwischen Tiernutzern und Tierschützern, begründete **Pick** seine Position.

Die Behauptung, dass ein Bundesland nicht die Kompetenz habe, ein Verbandsklagerecht einzuführen, hielt **Stefanie Wiegand** (SPD) für falsch. Der Tierschutz sei ein Rechtsgut mit Verfassungsrang, dem in der weiteren Gesetzgebung Rechnung zu tragen sei. Mögliche Gegenargumente wie die Befürchtung von Rechtsmissbrauch und „Prozesshanserei“, bürokratischem Aufwand, Eingriff in die Wissenschaftsfreiheit, Wettbewerbsnachteilen oder gesundheitlicher

Verbandsklagen stufte **Holger Ellerbrock** (FDP) als „generell systemfremd“ ein, da in Deutschland das „System der Betroffenheit“ für die Klageberechtigung gelte. Der FDP-Politiker warnte zudem vor Verzögerungen für die Medikamentenentwicklung und vor Wettbewerbsnachteilen für die Forschung. Die ethische Verpflichtung, Tiere artgerecht zu behandeln, sei unabhängig davon „völlig klar“. Nicht nur wegen des Bundeskontrollgremiums für Tierversuche, sondern auch, weil es – von einzelnen kriminellen Handlungen abgesehen – keine Probleme gebe, sei ein Verbandsklagerecht überflüssig. „Diejenigen, die das heute lautstark fordern, hätten es gestern umsetzen sollen“, sagte **Ellerbrock** an die Adresse von SPD und Grünen, die die Vorgängerregierung gebildet hatten.

Tiere könnten sich nicht wehren oder selbst klagen, argumentierte **Johannes Remmel** (Grüne) und verwies auf „halb verhungerte Milchkühe

Den Gesetzentwurf hielt **Landwirtschaftsminister Eckhard Uhlenberg** (CDU) für entbehrlich. Er bringe Personalkosten und mehr Bürokratie mit sich, obwohl Tierschutzinteressen auch heute schon durch verschiedene Regelungen Beachtung fänden. Auch sein Ministerium arbeite vertrauensvoll mit einem Tierschutzbeirat zusammen, um Informationen auszutauschen. Für wichtiger hielt der Minister, den Tierschutz konkret zu fördern, etwa mit dem NRW-Tierschutz-Preis, der dazu beitrage, eine Kultur des Bewusstseins zu schaffen. Letztlich sei es wichtig, die Belange des Tierschutzes mit den Anforderungen an einen starken Forschungs- und Wirtschaftsstandort NRW zu einem vernünftigen, zukunftsorientierten Ausgleich zu bringen, erklärte der Minister. *sov*

Die Fraktionen von CDU und FDP lehnten den Gesetzentwurf (Drs. 14/9760) gegen die Stimmen von SPD und Grünen ab.

Transatlantische Partner

Weitgehende Einigkeit über die Beziehungen zu den USA

Foto: Schälte

21. Januar 2010 – Im Jahre 1683 gründeten 13 Familien aus Krefeld die erste deutsche Siedlung in Nordamerika. Daran erinnern CDU und FDP in einem gemeinsamen Antrag (Drs. 14/10517) und fordern, die Beziehungen Nordrhein-Westfalens zu den USA weiter auszubauen. Während die SPD im Plenum dem Antrag zustimmte, enthielten sich die Grünen der Stimme, da sie die Forderungen als „unausgegoren“ empfanden.

„Wir haben den Antrag eingebracht, weil wir die guten Beziehungen, die wir schon seit dem 17. Jahrhundert mit den USA pflegen, bekräftigen wollten“, erklärte **Ilka von Boeselager** (CDU). Die gemeinsame Geschichte, die Hilfe nach dem Zweiten Weltkrieg und die wirtschaftlichen Beziehungen seien Basis für die Zusammenarbeit.

„Deutschland und NRW haben eine sehr enge historische Verbindung zu den USA“, betonte **Angela Freimuth** (FDP). Jeder sechste Amerikaner empfinde sich als deutschstämmig. Daher seien neben wirtschaftlichen auch kulturelle Beziehungen zu pflegen. Der Landtag solle zeigen, „dass wir hinter dem transatlantischen Dialog stehen“.

„Wir werden dem Antrag zustimmen“, kündigte **Wolfram Kuschke** (SPD) an, sah jedoch auch Nachbesserungsbedarf. Zentrale Kooperation, regionale Partnerschaften und fachlich-inhaltliche Zusammenarbeit seien notwendig, um die Beziehungen zu stärken. Zudem müsse der Dissens in politischen Fragen offen angesprochen werden.

Als „schlechten Stil“ kritisierte **Sylvia Löhrmann** (Grüne), dass CDU und FDP weder die Deutsch-Amerikanische Parlamentariergruppe noch die Opposition in die Erarbeitung des Antrags eingebunden hätten. Natürlich seien die transatlantischen Beziehungen zu unterstützen, jedoch handle es sich in diesem Fall um einen „Show-Antrag“.

„Politisch sind die USA die einzige Supermacht, dennoch erkennen wir, dass sie in Teilen nicht die Kraft haben, in wichtigen Fragen eine globale Führungsrolle zu spielen“, merkte **Europaminister Andreas Krautscheid** (CDU) an. Die Landesregierung sehe einen Handlungs- und Gestaltungsauftrag, die Beziehungen zu stärken.

SW

Der Landtag hat den Antrag (Drs. 14/10517) mit den Stimmen von CDU, FDP und SPD und bei Enthaltung der Grünen angenommen.

Maßnahmen gegen die Mafia

Unterschiedliche Meinungen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität

21. Januar 2010 – „Deutschland dient der Mafia als Refugium“, schreibt die SPD-Fraktion in ihrer Großen Anfrage an die Landesregierung (Drs. 14/9740). Besonders im Ruhrgebiet sei die Mafia tätig. Die SPD kritisiert, dass die Landesregierung das Problem nicht ernst genug nehme. CDU und FDP dagegen wiesen in der Debatte die Kritik mit Blick auf die Antwort der Landesregierung (Drs. 14/10178) zurück.

„Spätestens seit dem Sechsfachmord von Duisburg wissen wir: Auch Nordrhein-Westfalen ist von der Mafia nicht unberührt“, sagte **Dr. Karsten Rudolph** (SPD). „Auch in unserem Land werden Drogen-, Waffen- und Immobiliengeschäfte gemacht.“ Rudolph forderte Innenminister Wolf auf: „Bekämpfen Sie endlich die gesamte organisierte Kriminalität.“

„Sie und die SPD betreiben blanken Populismus“, warf **Theo Kruse** (CDU) seinem Vorredner vor. Die Antwort der Regierung zeige, dass die Voraussetzungen zur Bekämpfung organisierter Kriminalität „kontinuierlich verbessert“ würden. „Wir tragen auch in Zukunft Sorge dafür, dass Straftaten mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft werden.“

„NRW ist hervorragend aufgestellt“, erklärte **Horst Engel** (FDP) und verwies unter anderem auf „leistungsstarke Polizeibehörden“, auf die Arbeit des LKA, auf 16 Kriminalhauptstellen und auf das zuständige Polizeipräsidium Oberhausen. Rechtsstaatliches Handeln und effektive Bekämpfung organisierter Kriminalität gingen „Hand in Hand“.

„Schaut man auf das Phänomen der organisierten Kriminalität im Bereich italienische Mafia, erschrecken einen die Größenordnungen“, meinte **Monika Düker** (Grüne). Die kalabresische Mafia habe sich in der Region Rhein-Ruhr verfestigt. Notwendig sei daher eine Debatte über die Polizeistrukturen in NRW. „Die sind verbesserungswürdig“, betonte Düker.

„Sie greifen die Polizisten in dreister Weise an“, antwortete **Innenminister Dr. Ingo Wolf** (FDP) auf die Kritik der SPD. Er versicherte: „Wir nehmen die organisierte Kriminalität sehr ernst.“ Die Bewertung der SPD sei „eine unerträgliche Mischung aus Unterstellung und Spekulation“. Die Polizei arbeite „faktenorientiert, rechtsstaatlich, professionell und erfolgreich“.

SW

Freundschaften in alle Welt

Internationale Beziehungen werden im Landtag groß geschrieben

Januar 2010 – Mit vielen Ländern in Europa und in der Welt ist der Landtag Nordrhein-Westfalen vernetzt. Seit vielen Jahren pflegt das Landesparlament Freundschaften zu Akteuren in benachbarten und fernen Staaten, um so den internationalen Austausch und grenzüberschreitende Begegnungen zu fördern.

Für Vielfalt und Toleranz, gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit machen sich alle vier Fraktionen im Landtag Nordrhein-Westfalen stark. Dies bekräftigten sie beispielsweise mit einer gemeinsamen Resolution im September 2008 (Drs. 14/7464). Darin heißt es, die Landtagsfraktionen engagieren sich dafür, „den interkulturellen und interreligiösen Dialog zu intensivieren mit dem Ziel eines friedlichen und respektvollen Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Religionszugehörigkeit“. Umso mehr setzen sich Abgeordnete aller Fraktionen häufig über die parlamentarische „Alltagsarbeit“ hinaus für die internationalen Beziehungen des Landtags Nordrhein-Westfalen und den politisch-kulturellen Austausch über Ländergrenzen hinweg ein.

STAATEN UND KULTUREN

Insgesamt sechs Parlamentariergruppen arbeiten in der laufenden Wahlperiode daran mit, das Verständnis unterschiedlicher Kulturkreise und Nationen füreinander zu fördern und Begegnungen von Menschen aus verschiedenen Ländern zu ermöglichen. Zu den Staaten Polen, Israel, der Türkei, den USA, China und den Staaten des Baltikums pflegen die Parlamentariergruppen ein intensives Verhältnis. Sie stehen in engem Kontakt zu den Botschaften, Konsulaten und Interessenvertretungen ihrer Partnerländer in Deutschland, und sie halten zugleich den direkten Draht zu Ansprechpartnern und gesellschaftlichen Gruppen im jeweiligen Land aufrecht. Die inhaltlichen Schwerpunkte ihres Wirkens und die Motivation ihrer Mitglieder stellt „Landtag Intern“ auf den folgenden beiden Seiten vor.

Die Vorsitzenden der Gruppen berichten in dieser Ausgabe, welche konkreten Ziele im Mittelpunkt ihrer Arbeit stehen und welche Begegnungen sie in den zurückliegenden fünf Jahren seit Beginn der Wahlperiode besonders beeindruckt haben. Ihre persönlichen Schilderungen zeigen: Die Parlamentariergruppen des Landtags leisten einen Beitrag dazu, dass gerade im Zeitalter der Globalisierung die Beziehungen Nordrhein-Westfalens zu anderen Staaten in Europa und der Welt gesellschaftlich, kulturell und wirtschaftlich gestärkt und weiter-

entwickelt werden können. Sie helfen mit, die Grundlage für internationale Freundschaften und grenzüberschreitende Kooperationen – beispielsweise im Jugendaustausch oder auch in der Zusammenarbeit von Vereinen und Verbänden – zu schaffen.

Dass der Landtag Nordrhein-Westfalen seine Beziehungen zu anderen Staaten intensiv pflegt, verdeutlichen regelmäßig auch Besuche hochrangiger Repräsentantinnen und Repräsentanten befreundeter Länder und Institutionen im Düsseldorfer Parlament. So konnte der Landtag in den zurückliegenden Monaten unter anderem Gäste wie den Staatspräsidenten der Republik Bulgarien, Georgi Parwanow, die niederländische Parlamentspräsidentin Gerdi A. Verbeet oder den litauischen Wirtschaftsminister Danius Kreivys in der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt empfangen. Über viele Seiten ließe sich die Liste der Begegnungen im Landtag fortsetzen, ergänzt durch Parlamentarische Abende, die eine Plattform für einen weiteren Ausbau der internationalen Kontakte boten und bieten. So hat der Landtag seine Beziehungen beispielsweise zu den USA, zur Türkei, zu Polen und zu weiteren Staaten Mittel- und Osteuropas zum Anlass abendlicher Diskussionsrunden, Ausstellungen und Vorträge genommen. Außerdem ist es dem Parlament gelungen, eine Gesprächsreihe über aktuelle europäische Themen und Begegnungen zu etablieren. Regelmäßig empfängt der Landtag Vertreterinnen und Vertreter der europäischen Ratspräsidentenschaften, die den Landtagsabgeordneten Auskunft über die geplanten Schwerpunkte des jeweiligen Präsidenschaftsprogramms geben und gemeinsam mit den europapolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Fraktionen Perspektiven für die weitere Zusammenarbeit in Europa aufzeigen (siehe auch Bericht auf Seite 18).

Diese und viele weitere Initiativen zeigen: Der Landtag wirkt oft weit über die Landesgrenzen hinaus daran mit, dass Nordrhein-Westfalen auch in der europäischen und internationalen Gemeinschaft verankert ist. Schließlich leben an Rhein, Ruhr und Lippe Menschen aus 170 verschiedenen Nationen. Diese kulturelle Vielfalt und die sich daraus ergebende Verantwortung gilt es auch gegenüber internationalen Freunden und Partnern zu kommunizieren. SW

Verständigung fördern

Im Fokus: Die Parlamentariergruppen des Landtags NRW

Auf dieser Doppelseite erklären die Vorsitzenden der sechs Parlamentariergruppen, was die Beziehungen des Landtags Nordrhein-Westfalen zum jeweiligen Partnerland ausmacht, und welche besonderen inhaltlichen Schwerpunkte die Arbeit der Parlamentariergruppen bestimmen. Die Beiträge der Abgeordneten zeigen, wie vielfältig die internationalen Kontakte des nordrhein-westfälischen Landesparlaments sind.



Regina van Dinther,
Deutsch-Polnische
Parlamentariergruppe

Die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen als „gewöhnlich“ zu bezeichnen, würde der historischen Bedeutung dieses Miteinanders in keiner Weise gerecht. Um dessen Zukunft zu gestalten, ist ein verantwortungsvoller Umgang mit der Geschichte beider Länder erforderlich. Das 20. Jahrhundert mit dem Überfall des Deutschen Reiches auf Polen, mit den unfassbaren Verbrechen der Nazi-Diktatur an der Menschlichkeit und mit den Schicksalen von Flucht und Vertreibung von Millionen von Menschen aus ihrer Heimat hat tiefe Spuren hinterlassen. Diese gilt es als Mahnung zu verstehen, die Nachbarschaft Deutschlands und Polens in einem friedlichen, freien und vereinten Europa fortzuentwickeln. Ein Anspruch, dem sich die Deutsch-Polnische Parlamentariergruppe im Landtag NRW verpflichtet fühlt.

So unterstützt unsere Gruppe den Aufbau neuer Kontakte zwischen Nordrhein-Westfalen und Polen – insbesondere zur Partnerregion Schlesien. Gerade die jungen Generationen wollen wir über Bildungsk Kooperationen und Austauschprogramme für die Bedeutung der deutsch-polnischen Freundschaft sensibilisieren, denn sie tragen in Zukunft Verantwortung für deren Fortentwicklung.

Über 100.000 polnische Staatsbürger leben heute in Nordrhein-Westfalen. Hinzu kommen hunderttausende Menschen mit polnischen Wurzeln. Ihnen und ihren Vorfahren hat unser Land vieles zu verdanken, wenn wir an den Aufbau der Industrieregion in den Nachkriegsjahren denken. Die im Ruhrgebiet entstandenen Freundschaften zwischen den Kulturen sind beste Voraussetzung, die Zusammenarbeit in Europa voranzubringen. Daher engagiert sich unsere Gruppe auch für die Beziehungen zu den weiteren Staaten der Visegrád-Gruppe, zu Tschechien, der Slowakei und Ungarn. So machen wir deutlich: Miteinander, nicht gegeneinander müssen wir den Frieden in Europa erhalten und stärken.



Edgar Moron,
Deutsch-Israelische
Parlamentariergruppe

Die Deutsch-Israelische ist nicht nur für mich die Wichtigste unter den Parlamentariergruppen des 14. Landtags. Alle Akteure wissen, das Verhältnis zu Israel ist ein besonderes. Die Gruppe versteht sich als Freundschaftsgruppe, die die Vertiefung der Kontakte zu Politik, Gesellschaft und Institutionen, aber vorrangig zu den Menschen, in Israel und der Palästinensischen Autonomie, zum Ziel hat. Das heutige Verhältnis war vor dem Hintergrund der Shoah bis weit nach den Gründungsjahren beider Staaten keinesfalls zu erwarten.

Rund zwei Jahrzehnte lang war nicht einmal an diplomatische Beziehungen zu denken; in israelischen Pässen stand deutlich: „Für alle Länder – außer Deutschland“. Das Verhältnis ist heute, mit Blick auf das internationale Konfliktpotenzial des Nahen Ostens, auch kein einfaches. Man versteht Israel erst, wenn man dort war. Daher hebe ich besonders hervor, dass wir Anfang 2008 mit 17 von 26 Mitgliedern nach Israel und in die Autonomiegebiete gefahren sind. Im Landtag konnten wir in dieser Wahlperiode den 40. Jahrestag der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen und den 60. der Gründung Israels feiern. Auch hier halfen die sehr guten Kontakte zur Botschaft und ehemaligen Botschaftern. Um auch in Zukunft die Kontakte, die ein gegenseitiges Verstehen und Verständnis ermöglichen, zu garantieren, müssen diese auf junge Schultern gelegt werden!

Wir haben daher zahlreiche Gespräche mit israelischen und palästinensischen Jugend- und Schülergruppen geführt. Der Dialog mit den Jüdinnen und Juden in NRW ist ebenfalls bestimmend für unsere Arbeit. Wir nehmen ihre Wahrnehmungen bezüglich rassistischer und antisemitischer Gewalt wahr und ernst. Und wir initiieren von allen Fraktionen getragene Entschließungen des Landtags gegen Gewalt und Menschenfeindlichkeit. So wollen wir es halten: Gegen das Vergessen!



Angela Freimuth,
Deutsch-Amerikanische
Parlamentariergruppe

Deutschland und Nordrhein-Westfalens haben traditionelle Bindungen zu den USA. Die erste deutsche Siedlung auf dem Gebiet der USA wurde von Siedlern aus Krefeld gegründet, und die Unterstützung der USA beim Aufbau eines freiheitlich, demokratischen Rechtsstaats nach dem 2. Weltkrieg im westlichen Wertebündnis ist unvergessen. Heute gibt es zwischen Nordrhein-Westfalen und den USA 24 gelebte Städte- und 78 Schulpartnerschaften, mehr als 150 Hochschulkooperationen. Etwa 580 US-Unternehmen beschäftigen in Nordrhein-Westfalen mehr als 170.000 Menschen. NRW-Exporte in die USA beliefen sich 2008 auf rund 8,4 Mrd. Euro (Importe aus den USA 5,7 Mrd. Euro).

Rechtliche, soziale und kulturelle Rahmenbedingungen sind für diese Partnerschaften und Kooperationen entscheidend. Die deutsch-amerikanische Parlamentariergruppe will politische, soziale und kulturelle Prozesse begleiten, nachvollziehen und erläutern. Wir wollen Brücken bauen und mitgestalten, um die besten Lösungen für die Herausforderungen unserer Zeit zu finden.

Wir suchen deshalb gezielt die Gespräche z. B. zu amerikanischen Abgeordneten, Wissenschaftlern, Publizisten und Unternehmern. Themen waren dabei besonders der Kampf gegen Terror und die Sicherheitspolitik unserer Länder, Schutz und Sicherung der Bürgerrechte, Anforderungen an Bildung und Ausbildung, Gesundheitsversorgung und soziale Sicherung, aber auch ein Blick nach Kanada. Wir konnten mit interessanten Referenten die Themen der amerikanischen Präsidentschaftswahl 2008 begleiten.

Höhepunkte waren der Besuch amerikanischer Abgeordneter im Herbst 2007, ein deutsch-amerikanischer Parlamentarischer Abend im Landtag mit über 800 Gästen 2009, bessere Werte bei den Transatlantic Trends und natürlich die Informationsreise im Oktober 2009 nach Washington, Philadelphia und New York.



Oliver Keymis, Deutsch-Türkische Parlamentariergruppe

Als Folge des Abwerbeabkommens zwischen Deutschland und der Türkei, das sich im kommenden Jahr zum

50. Mal jährt, leben in Nordrhein-Westfalen rund 800.000 türkeistämmige Mitmenschen. Eine kontinuierliche und enge Zusammenarbeit zwischen Nordrhein-Westfalen und der Türkei ist daher so unerlässlich wie sinnvoll. Neben intensiven Kontakten zu den vier türkischen Generalkonsulaten in Nordrhein-Westfalen pflegt die Deutsch-Türkische Parlamentariergruppe im Landtag daher auch die Beziehungen zur Großen Türkischen Nationalversammlung, also dem türkischen Parlament und der sich dort konstituierten Türkisch-Deutschen Freundschaftsgruppe.

Thematische Schwerpunkte in der Arbeit der Deutsch-Türkischen Parlamentariergruppe waren in den vergangenen fünf Jahren die Planungen zur ersten deutschsprachigen Stiftungsuniversität in der Türkei, Möglichkeiten einer regionalen Partnerschaft, Perspektiven für die Kulturhauptstädte Europas 2010 (Essen/Istanbul), ein möglicher Beitritt der Türkei zur Europäischen Union und im Besonderen die Integration der in Nordrhein-Westfalen lebenden türkeistämmigen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Zu einer guten Tradition im Landtag NRW hat sich beispielsweise das gemeinsame Fastenbrechen aus Anlass des islamischen Fastenmonats Ramadan entwickelt. Hierzu kommen seit einigen Jahren aus dem ganzen Land Mitbürgerinnen und Mitbürger sowohl muslimischen als auch christlichen Glaubens im Düsseldorfer Landesparlament zusammen.

Besonders in Erinnerung geblieben ist mir der Parlamentarische Abend „Türkei“ im April 2008. Mehr als 900 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus allen Bereichen der Gesellschaft trafen sich bei Kunst, Kultur und Kulinarischem zum Meinungsaustausch im Landtag. Ehrengast war der damalige Präsident der Großen Türkischen Nationalversammlung und stellvertretende Staatspräsident Köksal Toptan.



Dr. Fritz Behrens, Deutsch-Chinesische Parlamentariergruppe

Die Volksrepublik China hat sich in rasantem Tempo zu einem Global Player entwickelt – allein schon Grund

genug, Nordrhein-Westfalens Beziehung zu China zu intensivieren. Einen wichtigen Beitrag hierzu kann die 2005 gegründete Deutsch-Chinesische Parlamentariergruppe leisten. Konzipiert als Plattform des interkulturellen Austausches kann sie vielfältige wissenschaftliche und wirtschaftliche Prozesse anstoßen und auch als Spiegelbild für die Sinnhaftigkeit von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit fungieren. Wir pflegen als einziges deutsches Bundesland im Rahmen der Außenwirtschaftspolitik partnerschaftliche Beziehungen zu drei chinesischen Provinzen: Jiangsu, Sichuan und Shanxi. Alle anderen Bundesländer haben nur eine Partnerprovinz.

Von besonderer Bedeutung für die Entwicklung der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Beziehungen zur Volksrepublik China ist dabei das seit vielen Jahren praktizierte Stipendiatenprogramm. Über dieses Programm konnte ein Netzwerk mit über 700 chinesischen Nachwuchsführungskräften aufgebaut und so ein Fundament für zahlreiche erfolgreiche Kooperationen von chinesischen und nordrhein-westfälischen Unternehmen geschaffen werden. Diese Stipendiaten sind diejenigen, die nachher in China sowohl in Unternehmen als auch in Verwaltungen tätig sind. Eine bessere Grundlage für partnerschaftliche Beziehungen kann es kaum geben.

Besonders in Erinnerung ist der Parlamentariergruppe der 12. Mai 2008 geblieben, an dem unsere Partnerprovinz Sichuan vom schwersten Erdbeben in der Geschichte Chinas erschüttert wurde. In neun weiteren angrenzenden Provinzen wirkten sich Nachbeben katastrophal aus. 70.000 Tote waren zu beklagen, über 370.000 Menschen wurden verletzt. Zwei Wochen zuvor hatte die Deutsch-Chinesische Parlamentariergruppe die Provinz Sichuan besucht.



Werner Jostmeier, Deutsch-Baltische Parlamentariergruppe

Die parlamentarischen Beziehungen Nordrhein-Westfalens zu den baltischen Staaten sind eng und entwickeln

sich auf guter Grundlage weiter. Sie basieren auf der solidarischen Partnerschaft in der EU sowie auf einem dichten Netz von Kontakten in Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft. Zahlreiche gegenseitige Besuche sind ein Zeugnis des vielfältigen Dialogs. Sie tragen dazu bei, die freundschaftlichen Kontakte des Landtags zu anderen Parlamenten in Europa und der Welt zu pflegen und zu fördern.

Wir bemühen uns um einen ausgewogenen Themen-Mix aus Geschichte, Kultur, Wirtschaft und der aktuellen politischen Lage in den drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen. Die Beziehungen zu NRW, aber auch zu den Nachbarstaaten des Baltikums Belarus, Ukraine und Russland sind für unsere Arbeit von besonderem Interesse.

Sehr gerne erinnere ich mich an die Reise der Deutsch-Baltischen-Parlamentariergruppe im Frühjahr 2008 nach Vilnius (Litauen) und Riga (Lettland) mit den Besuchen der jeweiligen Parlamente. Die Delegation traf in Vilnius zu interessanten Gesprächen mit der Programmleiterin für die Kulturhauptstadt Europas 2009 Vilnius zusammen, in Riga haben wir der Eröffnung des Deutschen Kulturmonats in Lettland beigewohnt. Ein weiteres Highlight war die Sitzung zum Thema „Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise im Baltikum“ mit dem anschließenden Parlamentarischen Abend „Mittel- und Südosteuropa“. Nach einer interessanten Diskussion über mögliche Lösungsansätze für einen Ausweg aus der Krise stand auf dem Parlamentarischen Abend in der Bürgerhalle die Kultur im Vordergrund. „Der Kultur auf der Spur – Was verbindet die baltischen Staaten mit Deutschland?“ war das Thema des Podiums, welches mit Gästen der Deutsch-Baltischen Parlamentariergruppe besetzt war.

Laufende Gesetzgebung

DRS.-NR.	GESETZ/INITIATOR	ZUSTÄNDIGER FACHAUSSCHUSS	GPL. BERATUNGSSCHRITTE
14/10585	Gesetz zur Stärkung der Stadtwerke im Energiemarkt – Stadtwerkrettungsgesetz (StaRG), GRÜNE	Vorschlag: Ausschuss für Kommunalpolitik (federführend) sowie Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie	1. Lesung 3.2.2010
14/10536	Gesetz zur Änderung gesetzlicher Befristungen im Zusammenhang mit der ländlichen Bodenordnung, LG	Vorschlag: Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	1. Lesung 3.2.2010
14/10521	Einführung einer Abgabe auf die Entnahme von Kiesen und Sanden in Nordrhein-Westfalen, GRÜNE	Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	Ausschussberatung 24.2.2010
14/10442	Änderung des Stiftungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen, LR	Innenausschuss	2. Lesung 3./4.2.2010
14/10435	Änderung des Hafensicherheitsgesetzes, LR	Ausschuss für Bauen und Verkehr	2. Lesung 3./4.2.2010
14/10406	Hinterlegungsgesetz und Gesetz zur Änderung landesrechtlicher Vorschriften, LR	Rechtsausschuss	1. Ausschussberatung 24.2.2010
14/10405	Änderung des Krankenhausgestaltungsgesetzes des Landes NRW, LR	Ausschuss für Gesundheit und Soziales	Sachverständigengespräch am 24.2.2010
14/10209	Gesetz über Modellversuche zur Weiterbildung der Berufe in der Alten- und Krankenpflege etc., LR	Ausschuss für Gesundheit und Soziales	2. Lesung 3./4.2.2010
14/10162	Gesetz zur Änderung des Landesfischereigesetzes, LR	Umweltausschuss	2. Lesung 3./4.2.2010
14/10379	Änderung des Abgeordnetengesetzes, GRÜNE	Hauptausschuss	Ausschussberatung 4.3.2010
14/10358	Gesetz zur Änderung der Verfassung NRW, LR	Hauptausschuss	Anhörung am 25.2.2010

DRS.-NR.	GESETZ/INITIATOR	ZUSTÄNDIGER FACHAUSSCHUSS	GPL. BERATUNGSSCHRITTE
14/10149	Änderung des Landschaftsgesetzes etc., CDU/FDP	Umweltausschuss	Ausschussberatung 24.2.2010
14/10145	Änderung des Nachbarrechtsgesetzes, GRÜNE	Rechtsausschuss (federführend), Bauausschuss	Bauausschuss: 14. bzw. 28.1.2010 Rechtsausschuss: 24.2.2010
14/10144	Abschaffung der Studiengebühren, GRÜNE	Wissenschaftsausschuss	Anhörung: 4.3.2010 Beratungsabschluss im Ausschuss: 18.3.2010 2. Lesung: März 2010
14/10125	Abrechnung der Lasten der Deutschen Einheit, LR	Kommunalausschuss	2. Lesung 3./4.2.2010
14/10089	Änderung des Polizeigesetzes des Landes NRW, LR	Innenausschuss	2. Lesung 3./4.2.2010
14/10088	Änderung des Landesplanungsgesetzes, LR	Wirtschaftsausschuss	Anhörung 24.2.2010
14/10028	Sicherung und Nutzung öffentlichen Archivguts, LR	Kulturausschuss	Beratung 24.2.2010
14/9956	Bau- und Liegenschaftsbetriebsgesetz, LR	Haushalts- und Finanzausschuss	Beratungsabschluss im Ausschuss 4.3.2010
14/9908	Änderung des Hochschulgesetzes, GRÜNE	Wissenschaftsausschuss	2. Lesung 3./4.2.2010
14/9417	Änderung des Pressegesetzes, SPD	Hauptausschuss	Beratung läuft
14/9386	Modernisierung des Sicherheitsrechts, SPD	Innenausschuss	s. a. 14/10089
14/9265	Änderung des Landesplanungsgesetzes, GRÜNE	Wirtschaftsausschuss	s. a. 14/10088
14/272	Änderung des Personalvertretungsgesetzes, SPD	Rechtsausschuss	Beratung ruht

LR = Landesregierung; Gesetzstitel zum Teil verkürzt

Abgeschlossene Gesetzgebung – am 20./21. Januar 2010 im Plenum entschieden

DRS.-NR.	GESETZ	INITIATOR	ABSTIMMUNG IM PLENUM	BESCHLUSS
14/9760	Verbandsklagerecht für Tierschutzvereine	GRÜNE	2. Lesung 21.1.2010	abgelehnt
14/9736	Modernisierung von Justizgesetzen	LANDESREGIERUNG	2. Lesung 21.1.2010	angenommen

Ein Gesetzesentwurf wird mindestens zweimal im Plenum behandelt (1. und 2. Lesung). Dazwischen wird er von den zuständigen Fachausschüssen beraten. In der elektronischen Fassung unter www.landtagintern.de finden Sie Links zu ausführlicheren Informationen. Diese werden in der Regel wöchentlich aktualisiert.



Foto: Schälte

Ein Behälter, viele Fragen

Aktuelle Viertelstunde über den Vorfall in der Atomanlage Gronau

27. Januar 2010 – Am 21. Januar kam es in der Urananreicherungsanlage Gronau zu einer Freisetzung von Uranhexafluorid oder anderen Uranverbindungen. Ein Mitarbeiter geriet dabei in Kontakt mit den radioaktiven Stoffen. Offensichtlich enthielt ein als leer deklarierter Behälter einer schwedischen Zulieferfirma bis zu 1,6 Kilogramm der gefährlichen Substanzen. In einer Aktuellen Viertelstunde erörterte der Wirtschaftsausschuss (Vorsitz Franz-Josef Knieps, CDU) das Ausmaß, aber auch mögliche Ursachen des Unfalls.

Energieministerin Christa Thoben (CDU) informierte den Ausschuss zunächst darüber, dass es dem betroffenen Mitarbeiter den Umständen entsprechend „sehr gut“ gehe. Nach Aussage der behandelnden Ärzte liege seine Strahlendosis bei der Hälfte des Werts der natürlichen Strahlung, der jeder Mensch im Laufe eines Jahres ausgesetzt sei. Vor diesem Hintergrund erläuterte sie, dass bei dem Unfall für die Bevölkerung keine Gefahr bestanden habe. Die kontaminierte Raumluft sei durch Einschalten der Störfalllüftung gefiltert worden.

Oliver Wittke (CDU) fragte nach, zu welcher Kategorie die bisherigen 19 meldepflichtigen Ereignisse gehörten bzw. welche Rückschlüsse sie auf die Betriebsführung in Gronau zuließen. Er wollte wissen, ob die Sicherheitsvorkehrungen ausreichend seien und ob man beabsichtige, nunmehr das Sicherheitskonzept zu überprüfen. Ebenso interessierte ihn, inwieweit die schwedischen Behörden eingeschaltet worden seien – die Ursache für den Zwischenfall liege ja augenscheinlich nicht in Deutschland.

Die 19 Ereignisse hätten in einem Zeitraum von 25 Jahren stattgefunden, erklärte ein Vertreter des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Energie. Keines habe eine Gefährdung der Bevölkerung dargestellt. Die Sicherheitsvorkehrungen in Gronau seien „auf Stand“; natürlich müsse jetzt aber überprüft werden, was getan werden könne, um Wiederholungen eines solchen Unfalls zu vermeiden. Der Betreiber der

Atomanreicherungsanlage sei in Kontakt mit dem Zulieferer, um zu klären, warum der vorgeschriebene Stufenplan zur vollständigen Reinigung des betreffenden Behälters nicht abgearbeitet worden sei.

Dietmar Brookes (FDP) bewertete jeden Betriebsunfall – egal wo – als „zu viel“. Wichtig sei die Information, dass zu keiner Zeit eine Gefährdung der Bevölkerung bestanden habe. Der FDP-Sprecher forderte von der Landesregierung einen späteren Bericht über die Konsequenzen, die aus dem aktuellen Ereignis gezogen würden.

AUFSICHT

Für Reiner Priggen (Grüne) war es wichtig zu klären, wie viel Uranhexafluorid (UF₆) oder andere Uranverbindungen hätten entweichen können und um welche Verbindungen es sich handele. Auch warum die Störfalllüftung erst per Hand ausgelöst wurde, fragte er. Von besonderer Bedeutung war für den Grünen die Frage, warum es anscheinend bislang nur einen Kontakt zwischen den betroffenen Unternehmen, nicht aber zwischen den deutschen und den schwedischen Aufsichtsbehörden gegeben habe.

Ministeriumsvertreter erklärten, dass der Behälter aufgrund der vorhandenen Kontamination noch nicht habe untersucht werden können. Die ausgetretene Menge sei aber so gering gewesen, dass sich das automatische Si-

cherungssystem nicht eingeschaltet habe. Dies habe deshalb per Hand geschehen müssen. Um weitere Untersuchungen vornehmen zu können, habe man angeordnet, den Fußboden des Raumes zu entstrahlen. Weil es den notwendigen abgeschlossenen Unfallbericht noch nicht gebe und einfach noch zu viele Fragen offen seien, habe man – über das Bundesumweltministerium – die schwedischen Behörden noch nicht einschalten können.

André Stinka (SPD) stellte die Frage nach der Überprüfung dieser „Anlage für giftige, gefährliche Chemikalien“ in den Mittelpunkt. Außerdem wollte er von der Aufsichtsbehörde wissen, wer nach dem Zwischenfall den Unfallort und dessen Versiegelung kontrolliert habe, um mögliche Veränderungen zu verhindern. Als zuständige Landtagsabgeordnete der Region betonte Stefanie Wiegand (SPD) die Notwendigkeit von Notfallplänen, in die die umliegenden Städte und Gemeinden einzubinden seien.

Es gebe wöchentliche Stichproben, antwortete das Ministerium. Erst im letzten Dezember habe zudem eine umfassende Prüfung der Anlage stattgefunden. Nach Bekanntwerden des Störfalls hätten Sachverständige des TÜV die Unfallstelle – soweit möglich – besichtigt und die Versiegelung kontrolliert. Für die Urananreicherungsanlage Gronau gebe es zwei Notfallpläne: einen externen des Kreises Borken, einen internen des Betreibers. Diese seien im aktuellen Fall befolgt worden.

cw

+++ Meldungen +++

**Mehr Geld für die Aschebahn:
Investitionen im Sportbereich**

26. Januar 2010 – In einem Bericht der Landesregierung beschrieb der Abteilungsleiter Sport des zuständigen Innenministeriums, Werner Stürmann, auf Antrag der Fraktionen von CDU und FDP im **Sportausschuss** (Vorsitz Axel Wirtz, CDU) die Investitionen in Sporteinrichtungen, die aus Geldern des Konjunkturpakets II des Bundes finanziert werden. Von den insgesamt zur Verfügung stehenden Mitteln von 2,84 Milliarden Euro habe die Landesregierung allein für Sporteinrichtungen rund 320 Millionen Euro eingeplant. Nach Information der Landesregierung nutzten die Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen – allen voran Köln, Dortmund und Düsseldorf – das Geld zur Modernisierung sowie zum Neubau von Schulsportanlagen, aber auch anderen, öffentlich genutzten Sportstätten. 22 von insgesamt 906 Maßnahmen seien bereits fertig gestellt, der Rest sei geplant oder noch in Prüfung. Obwohl nie zuvor so viel Geld für Sporteinrichtungen ausgegeben worden sei, gebe es in der Zukunft natürlich noch weiteres Potenzial, betonte Stürmann.

**Sachverständige bewerten
Entwurf zum Archivgutgesetz**

27. Januar 2010 – Wie Dokumente von Behörden, Ämtern und Gerichten für die Zukunft bewahrt werden können, diskutierte der **Kulturausschuss** (Vorsitz Dr. Fritz Behrens, SPD) gemeinsam mit Sachverständigen in einer öffentlichen Anhörung. Grundlage war ein Entwurf der Landesregierung für das nordrhein-westfälische Archivgutgesetz (Drs. 14/10028). Da das bisherige Gesetz Ende Dezember 2009 außer Kraft getreten ist, sind neue gesetzliche Regelungen erforderlich, um das öffentliche Archivgut auf Dauer zu sichern, nutzbar zu machen und wissenschaftlich zu verwerten. In ihren Stellungnahmen gingen die Sachverständigen insbesondere auf die Fragen ein, welche Dokumente unter den Begriff des Archivguts fallen sollen, inwiefern das geplante Gesetz den Datenschutz betrifft und ob es den Archiven und wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen eine gute Grundlage für ihre Arbeit bietet. Der

Kulturausschuss wird die Erkenntnisse der öffentlichen Anhörung nun auswerten und eine Beschlussempfehlung an das Plenum abgeben. Danach wird der Landtag in zweiter Lesung über den Gesetzentwurf entscheiden.

**Umweltrecht: Neue Kompetenzen
im Bereich von Wald und Flur**

27. Januar 2010 – Der **Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** (Vorsitz Marie-Luise Fasse, CDU) hörte Sachverständige und Interessenvertretungen zum Gesetzentwurf von CDU und FDP zur Änderung des Land-

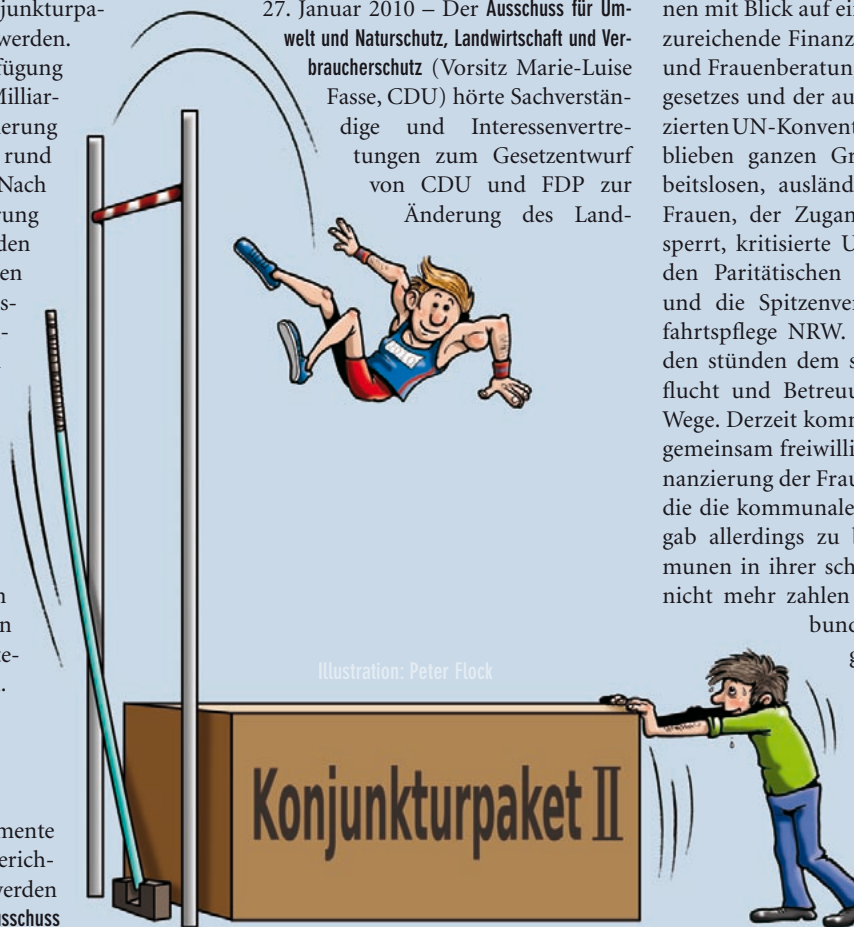


Illustration: Peter Flock

schaftsgesetzes und des Landesforstgesetzes, des Landeswassergesetzes und des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (Drs. 14/10149). Hintergrund ist die Neuregelung der Zuständigkeit in diesem Bereich. Mit der Föderalismusreform hat nämlich der Bund die alleinige Gesetzgebungskompetenz im Bereich Wasserhaushalt und Naturschutzrecht erhalten. Die daraufhin neu erlassenen Bundesgesetze geben den Ländern bis zum 1. März 2010 die Entscheidungsfreiheit, ob und in welchem Umfang sie abweichendes Landesrecht beibehalten. Durch das von CDU und FDP geplante Änderungsgesetz sollen unter anderem wesentliche Landesbestimmungen insbesondere hinsichtlich der Eingriffsregelung beibehalten werden.

**Frauenhäuser: Expertinnen fordern
bundeseinheitlichen Rechtsanspruch**

28. Januar 2010 – Das deutsche Grundgesetz gewährt jedem Menschen, und damit auch jeder Frau, ein Recht auf Würde, körperliche Unversehrtheit und Freiheit. Das betonen im **Ausschuss für Frauenpolitik** (Vorsitz Elke Rühl, CDU) Vertreterinnen von Verbänden und Kommunen mit Blick auf eine ihrer Meinung nach unzureichende Finanzierung von Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen. Trotz des Grundgesetzes und der auch von Deutschland ratifizierten UN-Konvention gegen Diskriminierung blieben ganzen Gruppen, beispielsweise arbeitslosen, ausländischen oder studierenden Frauen, der Zugang zu Frauenhäusern versperrt, kritisierte Ute Fischer, Sprecherin für den Paritätischen Wohlfahrtsverband NRW und die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege NRW. Hohe bürokratische Hürden stünden dem sofortigen Schutz, der Zuflucht und Betreuung in Notsituationen im Wege. Derzeit kommen Land und Kommunen gemeinsam freiwillig für die – reduzierte – Finanzierung der Frauenhäuser auf. Jutta Troost, die die kommunalen Spitzenverbände vertrat, gab allerdings zu bedenken, dass die Kommunen in ihrer schwierigen finanziellen Lage nicht mehr zahlen könnten als derzeit. Eine bundeseinheitliche, gesetzlich garantierte Finanzierung auf der Basis eines evaluierten Bedarfs hielten alle Expertinnen für den besten Weg, gleichzeitig aber auch für in näherer Zukunft politisch unrealistisch. Deshalb forderten sie, der Landtag solle als Landesgesetzgeber tätig werden. „Es be-

darf in erster Linie Ihres politischen Willens“, appellierte Marion Steffens von der Landesarbeitsgemeinschaft Autonomer Frauenhäuser an die Parlamentarierinnen. Vor allem sei es hilfreich, die Finanzierung der Frauenhäuser von einer freiwilligen Leistung in eine Pflichtleistung zu verwandeln, meinte Nicola Leiska-Stephan vom Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge. Sie brachte, wenn auch schwierige, Änderungen in den Sozialleistungsgesetzen als Alternative zu einem Bundesgesetz zur Sprache. Rechtlich machbar und dringend notwendig sei ein Bundesgesetz dennoch, ergänzte Susanne Köhler vom Deutschen Juristinnenbund.



Umwelt- und Wirtschaftsfaktor Elektromobilität

Zahl der Elektrofahrzeuge auf Deutschlands Straßen soll deutlich erhöht werden

Foto: Schälte

27. Januar 2010 – Im Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie (Vorsitz Franz-Josef Knieps, CDU) diskutierten auf Antrag der Grünen (Drs. 14/9422) Sachverständige aus Industrie, Forschung, Kommunen und Verbänden darüber, welche Chancen und Herausforderungen sich NRW als Modellregion für Elektrofahrzeuge bieten. Nach Willen der Bundesregierung sollen 2020 bundesweit eine Million Elektro- und Hybridfahrzeuge auf Deutschlands Straßen rollen, 250.000 davon – so die Grünen in ihrem Antrag – in NRW.

Im Ausschuss machten die Experten der Automobilhersteller und aus der Forschung deutlich, dass bei Elektrofahrzeugen neben dem Batteriebetrieb auch die Brennstoffzelle weiterhin ein Thema sein werde. Insbesondere im Hinblick auf die Reichweite sei eine Kombination von Batterie und Brennstoffzelle sinnvoll, so Prof. Martin Winter (Institut für Physikalische Chemie, Universität Münster). Andreas Manthey (Bundesverband Erneuerbare Energien e.V.) gab in Bezug auf Wasserstoffzellen deren schlechte Energieeffizienz zu bedenken. Er sprach sich als Übergangslösung für „Plug-in-Hybride“, die an der heimischen Steckdose aufgeladen werden könnten, aus. Mit Blick auf die Markteinführung wies Dr. Helmut Lanzrath (Adam Opel GmbH) einvernehmlich mit seinen Kollegen darauf hin, dass die Politik

frühzeitig Förderprogramme initiieren müsse, um zusätzliche Kaufanreize zu schaffen. Prof. Günther Schuh (RWTH Aachen) sah diesen vor allem auch im Kaufpreis. Er prognostizierte, bis 2015 werde es Elektroautos in der Preiskategorie von 5.000 Euro inklusive Batterie und Mehrwertsteuer geben. Es stelle sich nur die Frage, ob diese von deutschen oder ausländischen Herstellern angeboten würden. Dr. Andreas Gutsch (Evonik) betonte, dass die Preise für Batterien bereits heute deutlich gesunken seien; zudem müssten die Händler eine 10-jährige Garantie geben. Mit Fokus auf den Nahverkehr befürwortete Dr. Frank-Michael Baumann (Energie-Agentur NRW) die Kombination von batterie- und brennstoffzellbetriebenen Fahrzeugen, da insbesondere bei Bussen der Betrieb mit nur einer Energiequelle schwierig sei.

Dr. Thomas Schlick (Verband der Automobilindustrie) warnte davor, zu viele Modellregionen zu etablieren. Gelder, Kompetenzen und Personal sollten gebündelt und koordiniert eingesetzt werden, um möglichst effizient agieren zu können. Das Land müsse nun durch einen leichteren Zugang zu Forschungsmitteln und eine gezielte Unterstützung der Industrie die Rahmenbedingungen für die Weiterentwicklung der Elektromobilität schaffen. Auch Ralf Berker (VDE NRW) sah in Subventionen den wesentlichen Punkt zum Antreiben des Marktes.

IM FOKUS: KLEINWAGEN

Der Ölpreis allein sei für Verbraucherinnen und Verbraucher noch kein ausreichendes Argument, sich auf Elektrofahrzeuge umzustellen. Ihr Einsatz von Elektrofahrzeugen sei hauptsächlich in den Segmenten Kurzstrecke, Güter- und Personennahverkehr sinnvoll. Ähnlich sah dies auch Helmfried Meinel (Verbraucherzentrale NRW): Trotz der positiven Effekte auf die Umwelt müssten die Kosten für den Erwerb und Betrieb eines Elektromobils für den Verbraucher beherrschbar bleiben. Dies sei hauptsächlich im Kleinwagensegment möglich. Eine Fokussierung auf das Premiumsegment berge das Risiko, nicht mit günstigen asiatischen Angeboten konkurrieren zu können. Auch Mobilitätsalternativen unterhalb der Kleinwagenklassen dürften nicht vernachlässigt werden. Hier sollten unter anderem Elektroroller gefördert werden, beispielsweise durch ein Verbot herkömmlicher motorisierter Zweiräder.

Dem konnte Dr. Peter Asmuth (Stadtwerke Aachen AG) nur zustimmen. Die Stadtwerke Aachen förderten in Verbindung mit der RWTH seit Jahren erfolgreich die Nutzung von Elektrorollern in der Stadt. Generell stelle sich in Beratungsgesprächen heraus, dass die Kunden ein großes Interesse an der neuen Technologie hätten, weil sie nicht länger vom Rohstoff Mineralöl abhängig sein wollten. Beim Aufbau eines Ladenetzwerkes sah der Experte keine Probleme. Zwar seien zunächst Investitionen erforderlich, doch würden sich diese letztlich rentieren. Für Ladestationen kämen – neben der heimischen Steckdose – beispielsweise Parkhäuser oder Firmengelände infrage. Allerdings sei für den öffentlichen Raum der Aufbau einer intelligenten Infrastruktur zwingend erforderlich. Conrad Troullier (Stadtwerke Solingen) beschrieb den Einsatz von Elektrotechnik im ÖPNV in Solingen als eine seit Jahren bewährte Technik. Er sah die Stadtwerke beim Umstellungsprozess als „wesentlichen Bestandteil des gesamten Systems“.

Anica Bömkke

Für ein modernes, gerechtes und zukunftsorientiertes öffentliches Dienstrecht



CDU

DIE LANDTAGSFRAKTION

„Ein starker Staat braucht ein starkes Berufsbeamtentum.“ Ausgehend von dieser These hatte die CDU-Landtagsfraktion zu einem Werkstattgespräch zur Zukunft des öffentlichen Dienstrechts in NRW in den Plenarsaal des Düsseldorfer Landtags eingeladen. Neben einem hochkarätigen Referententeam aus Wissenschaft und Praxis waren über 300 interessierte Bürgerinnen und Bürger der Einladung gefolgt, um unter anderem über folgende Fragen zu diskutieren: Was ist zu tun, um den öffentlichen Dienst zukunftsfähig, effizienter und wettbewerbsfähiger zu gestalten? Wie viel Tradition, wie viel Innovation muss beziehungsweise darf sein? Wie kann dieser Spagat gelingen?

Die Experten betonten in ihren Statements, dass das aktuelle Laufbahnsystem im öffentlichen Dienst an vielen Stellen zu starr und zu komplex sei. Auch werde die Berufserfahrung bei der Eingruppierung in die Laufbahnen und damit bei der Bezahlung nicht immer ausreichend berücksichtigt. „Wer sich auf einer Stelle

bewährt und überdurchschnittlich fortbildet, muss auch entsprechend gefördert werden. Dieses Prinzip muss künftig auch für den öffentlichen Dienst gelten“, betonte Peter Preuß (Foto), Innen- und Rechtsexperte der CDU-Landtagsfraktion. „Leistung muss sich lohnen.“

Bereits Ende vergangenen Jahres hat Ministerpräsident Jürgen Rüttgers eine achtköpfige Steuerungsgruppe zur Dienstrechtsreform einberufen. Diese wird künftig durch ein Expertengremium, bestehend aus Interessenvertretern der Verbände und Gewerkschaften, ergänzt. Zusammen sollen sie Vorschläge erarbeiten, wie die Wettbewerbsfähigkeit des öffentlichen Dienstes gestärkt und ein modernes Laufbahnrecht ge-



schaffen werden kann. Die Empfehlungen sollen dann in die Eckpunkte einer Dienstrechtsreform und den anschließenden Gesetzgebungsprozess in der kommenden Legislaturperiode einfließen.

Preuß: „Unser Ziel ist ein modernes, gerechtes und zukunftsorientiertes öffentliches Dienstrecht, das den Beschäftigten im öffentlichen Dienst sowohl Sicherheit als auch klare Perspektiven gibt und gleichzeitig die Attraktivität der Arbeit im öffentlichen Dienst dauerhaft sichert.“ Denkverbote werde es dabei nicht geben. „Der heutige Abend hat eine Vielzahl von Denkanstößen gegeben, die uns bei unserer weiteren Arbeit von Nutzen sein werden“, so Preuß. ■

Rasche: NRW braucht den Rhein-Ruhr-Express



Christof Rasche (Foto), FDP-Fraktionsvize, hat sich mit Nachdruck für die Realisierung des Rhein-Ruhr-Express (RRX) ausgesprochen, mit dem ein gewaltiger Qualitätssprung im NRW-Schienenverkehr erreicht wird. „Es ist dringend notwendig, dass der größte europäische Ballungsraum, die Rhein-Ruhr-Region,

ein leistungsfähiges, schnelles und zuverlässiges Verkehrsangebot für den Personenverkehr erhält“, betont der verkehrspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion. Insbesondere die vielen Pendler würden von dem Schienenprojekt profitieren. Weitere Vorteile: Durch den Einsatz des Schnellzuges würde mehr Verkehr von der Straße auf die Schiene gebracht, das hoch belastete Straßennetz in NRW spürbar entlastet und die Pünktlichkeit im bundesweiten Schienenverkehr erhöht.

Geplant ist, die Metropolen in Nordrhein-Westfalen durch sechs Linien des RRX in schnellen und verlässlichen Taktzeiten miteinander zu verbinden. Aus allen Landesteilen werden die Verkehre in den Rhein-Ruhr-Raum

geführt, wo sie sich zwischen Köln und Dortmund zu einem 15-Minuten-Takt verdichten. Die Phase der Vorplanung für den RRX ist bereits abgeschlossen. Jetzt muss die Genehmigungsplanung erfolgen, die finanziell bereits in vollem Umfang abgesichert ist. Damit sind CDU und FDP mit dem Projekt weiter als SPD und Grüne es jemals waren.

Christof Rasche fordert, dass die Finanzierung des voraussichtlich über 2 Milliarden Euro kostenden Projektes verbindlich im Bundeshaushalt gesichert werden muss. Bisher hat der Bund im Haushaltsausschuss zwar die Umsetzung des RRX beschlossen, die Finanzierung aber noch nicht verbindlich festgezurr. Für den 8. März ist nun ein Spitzengespräch zwischen Land, Bund und Bahn verabredet. Rasche ist zuversichtlich, dass bei diesem Bahngipfel konkrete Vereinbarungen zur Finanzierung des Projektes getroffen werden. „Für die FDP zählt der Rhein-Ruhr-Express zu den wenigen deutschen Champions-League-Projekten auf der Schiene.“ Jetzt müsse die nächste Phase dieses für NRW herausragenden Projektes konkret werden. ■



Das Turbo-Abitur muss reformiert werden



Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer sowie die Eltern sind sich einig: CDU und FDP haben ohne begleitendes Konzept das Abitur nach zwölf Schuljahren – vier Jahre an der Grundschule, acht Jahre am Gymnasium (G8) – im Hauruck-Verfahren in Nordrhein-Westfalen auf den Weg gebracht, ohne die Folgen zu bedenken. Dieses schwarz-gelbe Turbo-Abitur hat zu einer unerträglich hohen Stundenbelastung gerade bei den jüngeren Schülerinnen und Schülern in der Sekundarstufe I geführt. Es erzeugt unangemessenen Lerndruck, verhindert Durchlässigkeit und überfordert die Schulen bei der Umsetzung. Das muss korrigiert werden. Die SPD im Düsseldorfer Landtag will eine umgehende Reform und hat jetzt ihre Forderungen in einem Antrag zusammengefasst (Drucksache 14/10597).

Vor allem die Schülerinnen und Schüler in den Klassen fünf bis sieben müssen wieder von dem Leistungs- und Zeitdruck befreit werden. Denn auch Kinder haben ein Recht auf Freizeit! Hierzu ist es notwendig, das G-8-Konzept generell zu überarbeiten. Die Verkürzung der gymnasialen Schulzeit muss am Ende der Sekundarstufe I und in der Oberstufe vorgenommen werden.

Alle Schulen, an denen das Abitur nach zwölf Schuljahren absolviert werden kann, müssen Ganztagschulen mit Mensa und Rückzugsmöglichkeiten für Lehrkräfte und Schüler sein.

Notwendig ist es, den Schülerinnen und Schülern den Weg zum Abitur nach zwölf, aber auch nach 13 Schuljahren offen zu halten. Ein generelles Abitur nach zwölf Jahren an den nordrhein-westfälischen Gymnasien lehnt die SPD-Fraktion ab. Die Gymnasien müssen in Absprache mit den Eltern und den Schulträgern die Möglichkeit haben, selbst zu entscheiden, ob sie das Abitur nach zwölf oder nach 13 Schuljahren anbieten wollen. Hierfür müssen die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Die Regierung Rüttgers lässt aber nicht nur die Schulen, Schüler und Eltern bei der Umsetzung des Turbo-Abiturs allein, sondern auch die Abiturientinnen und Abiturienten des doppelten Abiturjahrgangs 2013. Durch die Umstellung der gymnasialen Schulzeit von neun auf acht Jahre werden im Jahr 2013 zwei Abiturjahrgänge gleichzeitig die nordrhein-westfälischen Schulen verlassen. Nach der aktuellen Schulabgängerprognose werden für das

Jahr 2013 insgesamt 131.700 Schulabgänger mit Hochschulreife prognostiziert; das sind rund 53.000 mehr als im Vorjahr.

Für den doppelten Abiturjahrgang in 2013 muss also die Zahl der Studien- und Ausbildungsplätze entsprechend dem Bedarf ausgeweitet werden. Es bedarf einer von der Landesregierung zu organisierenden konzertierten Aktion aller beteiligten Gruppen aus Politik und Gesellschaft, wie Hochschulen, Kultusministerkonferenz, Gewerkschaften, Arbeitgeber, Industrie, Handels- und Handwerkskammern und Industrieverbände sowie Elternverbände. Sinnvoll ist die Einrichtung eines Beirates, in dem die Interessen aller Beteiligten unmittelbar Berücksichtigung finden und der bereits in die Vorbereitung der Maßnahmen eingebunden ist. Die Prüfungstermine von G 8 und G 9 im Jahr 2013 müssen so entzerrt werden, dass beispielsweise die Schülerinnen und die Schüler des G-9-Jahrganges ihr Studium bereits zum Sommersemester aufnehmen können. ■

Schlecht für die Umwelt – teuer für die Bürgerinnen und Bürger



Der von Umweltminister Uhlenberg aktuell vorgelegte Abfallwirtschaftsplan bedeutet eine Abkehr von einer ökologischen Abfallpolitik in NRW. Anstatt die Anstrengungen bei der Abfallvermeidung und der Wiederverwertung zu verstärken, soll es in Zukunft einen ruinösen Wettbewerb zu Lasten der kommunalen Entsorgungsstruktur und einen Preiskampf um die billigste Müllentsorgung geben. Das Ziel des Plans: Privat vor Staat. Der Druck, kommunale Abfallanlagen zu verkaufen, wird steigen, und letztlich wird eine immer teurere Abfallgebühr vom Monopolisten festgesetzt. Die Gewerkschaft Ver.di schrieb dazu drastisch: „Oder sollte man so weit gehen zu sagen, dass hier der Weg für eine Privatisierung der Anlagen ohne Not geebnet wird, weil es die eigene politische Doktrin bedient. Ein ‚Verschleudern‘ von Eigentum der Bürger ohne Sinn und Verstand liegt weder in unserem Inte-

resse noch im Interesse der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes.“

Bereits bei der Erarbeitung des Abfallwirtschaftsplanes hatte es massive Kritik von vielen Seiten gegeben. Trotz dieser Kritik hat Umweltminister Uhlenberg stur an seiner Linie festgehalten und dem Landtag im Dezember 2009



einen fast unveränderten Entwurf übermittelt. Eine breite Mehrheit der Sachverständigen hat in der Anhörung des Umweltausschusses erneut bestätigt, dass dieser Abfallwirtschaftsplan einen fatalen Preiskampf um Müllmengen zwischen den Müllverbrennungsanlagen zur Folge haben wird, der zu massiven Abfallgebührensprüngen bei Bürgerinnen und Bürgern führt und gleichzeitig auf Kosten von Umweltstandards geht. Zudem wird ein neuer Mülltourismus quer durch das ganze Land entstehen. Als negative soziale Auswirkung wird auch Lohndumping, Tarifflicht und ein Abbau von Arbeitsschutzstandards befürchtet. Die GRÜNEN fordern daher, den Abfallwirtschaftsplan zurückzuziehen und einen neuen ökologischen Plan vorzulegen, der den europäischen Vorgaben entspricht und auch wieder einen Anreiz zur Abfallvermeidung und zum Recycling bietet. ■

„Europa mit neuem Ehrgeiz erfüllen“

Botschafter Spaniens informierte über Ziele der europäischen Ratspräsidentschaft

21. Januar 2010 – „Wir wollen die Europäische Union von ihren Selbstzweifeln befreien und fühlen uns dem Projekt der europäischen Einigung verpflichtet.“ Das betonte der Botschafter des Königreichs Spanien, Seine Exzellenz Rafael Dezcallar, bei seinem Besuch im Landtag Nordrhein-Westfalen. Gemeinsam mit Abgeordneten und Gästen diskutierte der Diplomat anlässlich der spanischen EU-Ratspräsidentschaft über die weitere Zusammenarbeit der Staaten in Europa.

Die spanische Ratspräsidentschaft habe sich zum Ziel gesetzt, die Strukturen der Europäischen Union mit neuem politischen Ehrgeiz zu erfüllen, sagte der Botschafter in Düsseldorf. Auf Einladung des Landtags und des nordrhein-westfälischen Europaministeriums schilderte der höchste Vertreter Spaniens in Deutschland, welchen Herausforderungen sich die Europäische Union in den kommenden Monaten stellen müsse und welche politische Linie die spanische Ratspräsidentschaft dabei verfolge. So wolle Spanien unter anderem nach neuen Wegen aus der Wirtschaftskrise suchen, die Interessen und Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger in Europa stärken und die Europäische Union in der politischen Wahrnehmung deutlicher als globalen Akteur positionieren.

„Unser Auftrag ist es, Europa in seiner Vielfalt zu gestalten“, erklärte Dezcallar nach seinem Empfang durch Landtagspräsidentin Regina van Dinter, NRW-Europaminister Andreas Krautscheid sowie den europapolitischen Sprecherinnen und Sprechern der vier Landtagsfraktionen. Zum einen wolle Spanien konkrete Lösungen für konkrete Probleme in der Europäischen Union

entwickeln, zum anderen sei es auch Aufgabe der Ratspräsidentschaft, das Selbstbewusstsein der Europäischen Union generell zu stärken. Der jüngst in Kraft getretene Vertrag von Lissabon biete Europa die einmalige Chance, neue Mechanismen der politischen Zusammenarbeit zu festigen. So sprach sich der Botschafter unter anderem dafür aus, die neu geschaffenen Ämter des Ratspräsidenten und der Hohen Vertreterin sichtbar zu unterstützen, um das öffentliche Profil Europas in der Welt zu schärfen. Aus diesem Grunde müsse auch der Auswärtige Dienst der Europäischen Union schnellstmöglich seine Arbeit aufnehmen, forderte der Diplomat.

Angesichts der weltweiten Wirtschaftskrise sei es zudem Aufgabe der spanischen Präsidentschaft, eine neue Strategie für Wachstum und Beschäftigung in Europa auf den Weg zu bringen („Europa 2020“) sowie zukunftsweisende Konzepte für die europäische Finanzaufsicht anzustoßen. Besonderes Augenmerk wolle die spanische Präsidentschaft in den nächsten sechs Monaten auf soziale Fragen in Europa richten und außerdem die direkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an europäischen Fragen

fördern. Diesen Aspekt hob auch Landtagspräsidentin Regina van Dinter im Gespräch hervor. „Wir müssen Europa erlebbar, nachvollziehbar und erfahrbar für möglichst viele Bürgerinnen und Bürger gestalten“, erklärte sie anlässlich des spanischen Besuchs. Gerade den Kommunen und den Regionen in Europa müsse es gelingen, den Menschen die Bedeutung europäischer Entscheidungen für das alltägliche Zusammenleben näherzubringen. „Die Zusammenarbeit in Europa ist mehr als eine simple Formsache“, bestätigte der spanische Gast in Düsseldorf.

Als „sehr konkret“ lobten Gesprächsteilnehmer wie der Vorsitzende des Hauptausschusses, Werner Jostmeier, den Vortrag des Botschafters. Dieser habe detailliert über die Schwerpunkte der spanischen Ratspräsidentschaft Auskunft gegeben. Offen und ehrlich hatte Dezcallar erklärt, dass sich wahrscheinlich nicht alle der gesetzten Ziele in einem halben Jahr würden erreichen lassen. Das „ehrzeigige Programm“ Spaniens solle jedoch dazu dienen, den europäischen Einigungsprozess weiter voranzubringen. Der Empfang im Landesparlament setzte die Reihe europapolitischer Gesprächsrunden im Landtag fort. Regelmäßig sind dort hochrangige Persönlichkeiten der jeweils aktuellen EU-Ratspräsidentschaft zu Gast, um über das Engagement ihrer Länder für Europa zu informieren. So konnte der Landtag bereits mit diplomatischen Vertretern Großbritanniens, Sloweniens, Frankreichs, Tschechiens und Schwedens über die Zusammenarbeit in Europa debattieren und zugleich deutlich machen: Europa betrifft alle Menschen. siv

Spanien hat in der ersten Jahreshälfte 2010 (bis 30. Juni) den Vorsitz im Rat der Europäischen Union inne. Gemeinsam mit Belgien (2. Halbjahr 2010) und Ungarn (1. Halbjahr 2011) bildet das Königreich eine Trio-Präsidentschaft, um die mittelfristigen Ziele besser koordinieren zu können.



Europäische Diskussionsrunde: Vertreterinnen und Vertreter des Landtags, der Europaminister und die spanischen Gäste

Foto: Schälte

Porträt: Dietmar Brockes (FDP)



gegangen bin“, erinnert sich Brockes. Schließlich war der gläubige Katholik nicht nur elf Jahre lang Messdiener im 6.000-Seelen-Ort Brügggen nahe der deutsch-niederländischen Grenze. Auch in der kirchlichen Jugendarbeit war Brockes lange aktiv. Überhaupt hat ihm die Kirche viel Halt gegeben – vor allem nach dem frühen Tod der Mutter. Seit 2000 nun sitzt der studierte Betriebswirt, der seine berufliche Karriere als Bürokaufmann im Großhandel begann, als Abgeordneter im Düsseldorfer Landtag. Gleichzeitig ist Brockes Bezirksvorsitzender der FDP am Niederrhein und seit 2004 auch Mitglied des Kreistages Viersen. „Ich will gute Ideen aus Düsseldorf in den Kreis bringen – und umgekehrt“, begründet der Liberale seine Multifunktionen. Und als wäre das alles nicht genug, ist Brockes seit 2009 auch Mitglied im Ausschuss der Regionen der EU.

Bei dieser politischen Dauerbelastung fällt es dem zweifachen Familienvater nicht immer leicht, sich freie Stunden aus dem engen Terminplan herauszuschneiden. Der Besuch der Borussia in Mönchengladbach ist für den begeisterten Fußballfan und Dauerkartenbesitzer aber ein absolutes Muss. Wenn es die Zeit zulässt, besucht Brockes auch die Fußballspiele des Sohnes beim TSF Bracht. Außerdem kickt der Liberale selbst noch beim FC Landtag – wenn ihn nicht wie gerade eine Verletzung auf die Zuschauertribüne zwingt. „Nach meinem Wadenbeinbruch im letzten Jahr möchte ich bald wieder spielen.“

Im väterlichen Malerbetrieb hatte Brockes schon früh gelernt, kräftig mit anzupacken und Verantwortung zu übernehmen. Als einer von 120 Pionierstudenten schrieb sich der junge Mann 1994 für das Studium der Betriebswissen-

schaften in die Fonty's Highschool im niederländischen Venlo ein. Bereits während des Studiums machte sich der Wirtschaftskenner selbstständig und gründete 1996 den ESB Service Dietmar Brockes. Die Firma begann mit dem Internet-Software-Versand und erweiterte ihr Programm später auf Internet-Dienstleistungen aller Art. 1998 schloss Brockes parallel sein Studium ab. Seit dem Verkauf des Unternehmens gönnt sich der gelernte Mittelständler eine unternehmerische Pause und konzentriert sich ganz auf die Politik. „Das ist aber ein Mandat auf Zeit“, schränkt der Liberale ein. „Ich möchte nicht mit 80 Jahren aus dem Landtag getragen werden. Deshalb werde ich mich sicher irgendwann wieder selbstständig machen.“ Bei der Landtagswahl im Mai 2010 hat Brockes mit Listenplatz 8 eine aussichtsreiche Chance auf die Wiederwahl in das Düsseldorfer Parlament. Erstmals gilt bei der Landtagswahl das Zweistimmenwahlrecht: Brockes erhofft sich ein FDP-Wahlergebnis von „10 Prozent plus X“. Als wirtschaftspolitischer Sprecher und neu gewählter stellvertretender Fraktionsvorsitzender im Landtag ist Brockes in der liberalen Partei zuletzt weit nach vorn gerückt. Das Gewicht der Landes-FDP in der Bundespartei sieht der Politiker mit der Nominierung des neuen Generalsekretärs Christian Lindner weiter gestärkt.

Nach fast zehn Jahren im Landtag hat der Liberale natürlich auch Schwachstellen im Landesparlament entdeckt. „Die Organisation müsste effektiver sein.“ Während der Bundestag zwischen Sitzungs- und Wahlkreiswochen unterscheidet, tagt der Landtag außerhalb der Ferienzeit fast durchgängig. „Auch deshalb sitzen im Parlament zu wenige Selbstständige und enorm viele Abgeordnete aus dem Öffentlichen Dienst“, klagt Brockes. Folgewirkungen: „Bürokratie und hoher Personalbestand in Behörden lassen sich so nur schwer abbauen.“ *Wilfried Goebels*

Als waschechter Niederrheiner wurde Dietmar Brockes in jungen Jahren zunächst Schützenbruder – und erst später FDP-Mitglied. Bis heute gehört dem Schützenverein der St.Johannes-Bruderschaft Bracht die große Leidenschaft des 39-jährigen Liberalen. Dabei schoss Brockes den Vogel ab: Mittlerweile ist der gebürtige Nettetaler zum Hauptmann der Preußischen Grenadiere aufgestiegen. Auch das karnevalistische Treiben in der Dülkener Narrenakademie ist für den fest verwurzelten Rheinländer nicht nur Ehrensache, sondern längst zum geliebten Hobby geworden.

Dass der lebensfrohe Politiker mit gerade mal 19 Jahren bei den Liberalen landete, führt Brockes auf seine tiefe Bewunderung für das FDP-Urgestein Hans-Dietrich Genscher zurück. „Einige hat es schon gewundert, dass ich nicht in die CDU



Aufgaben und Funktionsweise des Landtags zeigt eine Wanderausstellung, die bis zur Wahl in verschiedenen Städten und Gemeinden Nordrhein-Westfalens zu sehen sein wird. Ort und genaue Termine werden in der lokalen Presse veröffentlicht. Des Weiteren kann zum gleichen Thema beim Landtag kostenlos die aktualisierte Broschüre „Das Haus der Bürgerinnen und Bürger“ bestellt werden unter Tel.:(0211) 884-2851, email@landtag.nrw.de

Foto: Dietsch

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Regina von Dinther, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf
Redaktion: Christoph Weißkirchen (cw, Chefredakteur), Sonja Wand (sow, Redakteurin), Bernd Schälte (bs, Fotoredaktion)
 Redaktionelle Mitarbeit: Doro Dietsch (dd), Sebastian Wuwer (sw)
 Telefon (0211) 884-2545 (cw), 884-2304 (sow), 884-2309 (bs), 884-2450 (dd) und 884-2137 (sw)
 Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de
Redaktionsbeirat: Peter Biesenbach MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Johannes Remmel MdL (Grüne), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Thomas Breustedt (SPD), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin; Rudolf Schumacher (Grüne), Pressesprecher.
 Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de
Herstellung und Versand: VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf
Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de
Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Geburtstage

Vom 3. Februar bis zum 9. März 2010

3.2. Walsken, Gisela (SPD)	52
4.2. Priggen, Reiner (Grüne)	57
7.2. Middendorf, Claudia (CDU)	41
9.2. Kern, Walter (CDU)	56
10.2. Biesenbach, Peter (CDU)	62
10.2. Killewald, Norbert (SPD)	49
11.2. Luckey, Manfred (CDU)	61
11.2. Krautscheid, Andreas* (CDU)	49
15.2. Ellerbrock, Holger (FDP)	62
16.2. Uhlenberg, Eckhard (CDU)	62
16.2. Leuchtenberg, Uwe (SPD)	52
17.2. Lohn, Werner (CDU)	52
18.2. Laschet, Armin* (CDU)	49
18.2. Dr. Orth, Robert (FDP)	42
18.2. Dr. Brinkmeier, Michael (CDU)	42
21.2. Kieninger, Gerda (SPD)	59
22.2. Beer, Sigrid (Grüne)	54
26.2. Eumann, Marc Jan (SPD)	44
27.2. Ley, Marie-Theres (CDU)	70
28.2. Seel, Rolf (CDU)	57
29.2. Westkämper, Horst (CDU)	74
1.3. Löhrmann, Sylvia (Grüne)	53
3.3. Lux, Rainer (CDU)	59
5.3. Hinnemann, Gisela (CDU)	61
6.3. Kaiser, Klaus (CDU)	53

Ehemalige Abgeordnete – besondere Geburtstage ab 70

11.2. Grätz, Reinhard (SPD)	70
20.2. Heckelmann, Erich (SPD)	75
21.2. Dr. Schwefer, Theodor (CDU)	80
24.2. Hofmann, Friedrich (SPD)	75
25.2. Dr. Gerritz, Eugen (SPD)	75
28.2. Burgmer, Franz Karl (CDU)	80

* Mitglied der Landesregierung ohne Landtagsmandat

Termine

23.2.2010 bis 19.3.2010 **Ausstellung: Honoré Daumier und Walter Hanel.** Doppelausstellung in der Wandelhalle zum Thema „Karikaturen in der Zeitung“: Werke des bekanntesten französischen Karikaturisten des 19. Jahrhunderts treffen auf zeitgenössische Werke.

9.3.2010 **Jubiläumsempfang Aidshilfen in NRW.** Gemeinsame Veranstaltung von Landtag und AIDS-Hilfe NRW zu 25 Jahren Prävention, Beratung und Begleitung von Menschen mit HIV und Aids, Verleihung des Ehrenamtspreises der AIDS-Hilfe NRW.

Nächste Ausgabe von **Landtag Intern**: 10. März 2010.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden ein: am 4. Februar 2010 um 8 Uhr zum Parlamentsfrühstück, um 9 Uhr zur Landtagsandacht im Raum E3 Z03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Eine Brücke der Kulturen

Avrupa Kültür Başkenti: Auch Istanbul ist europäische Kulturhauptstadt 2010, neben Pécs (Ungarn) und dem Ruhrgebiet. Während man in Essen bereits am 9. Januar 2010 die Eröffnung des Jahres der Kunst und der Begegnung feierte, geschah dies am Bosphorus eine Woche später. Istanbul, vormals Byzanz und Konstantinopel, kann auf eine lange Geschichte zurückblicken und war zeitweilig die reichste und größte Stadt Europas sowie Hauptstadt zweier Weltreiche: von 324 v. Chr. bis 1453 des Oströmischen Reiches, danach des Osmanischen Reiches. Istanbul verbindet mit seiner Lage auf beiden Seiten des Bosphorus zwei Kontinente. Die Stadt ist daher auch ein Schmelztiegel der Nationen und Kulturen. Somit gibt es neben vielen Unterschieden doch auch einige Parallelen zum Ruhrgebiet.

Auch um die Integration der hier lebenden Türkinnen und Türken anzuerkennen, folgte Landtagspräsidentin Regina van Dinter der Einladung, der Eröffnung des Jahres der Europäischen Kulturhauptstadt beizuwohnen. Das Foto zeigt sie zwischen dem Deutschen Botschafter in der Türkei, Dr. Eckart Cuntz (links), und Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert.

Fotos: Melchert